Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bev

AKTIVITÄT DISZIPLIN EINIGKEIT

Gegen Hitlerbarone

„Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 70 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprecher Postscheckkonto: Breslau 5852. Bankkonto: ... Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Kleine-, Versammlungs- und Wohnungs- 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. — Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt — Einzelnummer 10 Pf.

3. Jahrgang — Dienstag, den 16. August 1932 — Nr. 191

Adolfo Schmussolini

Nun sind Hitlers Pläne endlich und unwiderleglich enthüllt; über die ausführliche amtliche Darstellung hinaus, die am Sonnabend nach dem Empfang des nationalsozialistischen Führers durch den Reichspräsidenten herausgegeben wurde, sind noch von Regierungsseite einige Ergänzungen bekannt gegeben worden. Diese Einzelheiten gipfeln in der Mitteilung, daß Hitler dem Reichspräsidenten — und zwar wörtlich — „die gleiche Stellung für sich verlangt hat, wie Mussolini nach dem Marsch auf Rom".

Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll: über den Größenwahn, der aus diesem Verlangen spricht, oder über die Dreistigkeit, mit der der Regierungsrat aus Braunschweig, der selber bereits den Eid auf die Reichsverfassung geleistet hat, an das Staatsoberhaupt das Ansinnen richten konnte, die Verfassung ihm und seiner Partei zuliebe zu brechen.

Denn daran kann nunmehr kein Zweifel bestehen. Was Hitler von Hindenburg verlangte, wird erst in seiner ganzen politischen und rechtlichen Tragweite verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Stellung der Führer der italienischen Faschisten nach seinem geglückten Marsch auf Rom in der zweiten Septemberhälfte von 1922 mit Zustimmung des Königs von Italien bekleiden durfte. Auch Mussolini vertrat damals nur eine Minderheit des italienischen Volkes. Aber er genoß genau so wie Hitler in Deutschland, die mehr oder minder stillschweigende Zustimmung eines großen Teiles des reaktionären Bürgertums. Der König ließ sich darauf ein, ihm unter dem Druck seiner schwarzbehemdeten Banden die Ministerpräsidentschaft zu übertragen und ihm weitgehende Vollmachten nicht nur für die Regierungsbildung selbst, sondern auch für die Ausschreibung von Neuwahlen zu erteilen. Auch im neugewählten Parlament konnte Mussolini trotz behördlichen Wahlterrors eine faschistische Mehrheit bei weitem nicht erreichen. Aber die bürgerlichen Gruppen wagten größtenteils nicht, gegen ihn offen Stellung zu nehmen, weil er, immer noch mit Duldung des Königs, damit drohen konnte, auch das neue Parlament im Falle eines Mißtrauensvotums davonzujagen, ohne nochmals an das Volk zu appellieren.

So ungefähr wollte also Hitler in Deutschland regieren. Er wäre vor den Reichstag getreten und hätte seinen Willen mit der Drohung durchgesetzt: wenn man mich stürzt, dann wird der Reichstag einfach nach Hause geschickt — Neuwahlen gibt es nicht! Er meinte, daß diese Drohung genügen würde, um auch das Zentrum gefügig zu machen und damit hätte er zunächst eine zeitlang regiert. Aber allein in dieser Drohung hätte eine flagrante Verfassungsverletzung gelegen. Sicher wäre es nicht bei diesem Bruch der Verfassung geblieben.

Die ihm fehlende Mehrheit hätte er sich noch auf andere, ebenso gesetzwidrige Art verschafft. Man entsinnt sich, daß noch vor kurzem in der nationalsozialistischen Presse die Forderung erhoben wurde, daß den kommunistischen Abgeordneten mit Gewalt das Betreten des Reichstagsgebäudes verwehrt werde. Eine weitere Forderung ging dahin, die Kommunistische Partei überhaupt für ungesetzlich zu erklären, so wie es nicht nur Mussolini sondern auch Pilsudski getan hat. Auf diesem Wege der gewaltsamen Entrechtung seiner Gegner hätte es für Hitler, wenn man ihm erst die „ganze Staatsmacht" ausgeliefert hätte, kein Halten mehr gegeben. Nach den Kommunisten wären sehr bald wohl auch die übrigen „Marxisten", also die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, der Zerstörungswut eines rasenden Diktators zum Opfer gefallen. Danach hätte auch noch das Zentrum das Schicksal der italienischen katholischen Volkspartei (Popolari) teilen müssen. Was aus den in der Weimarer Verfassung festgelegten Grundrechten des deutschen Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, was besonders aus der Koalitionsfreiheit, aus der Redefreiheit, aus der Pressefreiheit geworden wäre, braucht man sich gar nicht einmal in seiner Phantasie auszumalen — Hitler selber hat auf das ihm vorschwebende Beispiel des faschistischen Italien hingewiesen!

König Victor Emanuel III. hat vor bald zehn Jahren dem Mussolini den kleinen Finger gereicht in dem Glauben, daß das wohl nur eine Episode sein würde, und daß über kurz oder lang die verfassungsmäßigen Zustände wiederhergestellt werden können. Aber diese Episode dauert nun schon zehn Jahre und dem ersten Schritt abseits vom Wege der Verfassung sind inzwischen so viele andere gefolgt, daß praktisch nichts mehr von alledem übrig bleibt, was der König bei seiner Thronbesteigung zu achten und zu schützen geschworen hatte. Er selbst ist zur Marionette Mussolinis geworden und ist sich dieser kläglichen Rolle durchaus bewußt. Eine Zeit lang hoffte er noch, gestützt auf die Armee, die zunächst keineswegs von dem faschistischen Regime begeistert war, den „Duce" evtl. mit Gewalt loszuwerden. Aber er hatte nicht den Mut vorzugeben, solange es noch Zeit war, und inzwischen wurde auch die Armee planmäßig so „gesäubert" und faschisiert, daß es für eine solche Auflehnung des Monarchen gegen den wirklichen Herrscher zu spät wurde.

In die gleiche demütigende Rolle sollte auch Reichspräsident von Hindenburg gedrängt werden. Hätte er erst Adolf Hitler zum Reichskanzler mit den geforderten Vollmachten ernannt, dann würde er alsbald vor der Alternative gestanden haben, entweder offene Verfassungsbrüche mit seinem Namen zu decken oder zurückzutreten. Wahrscheinlich hätte der greise Feldmarschall den letzteren Weg zur Rettung seiner eigenen Ehre gewählt, aber damit wäre dem deutschen Volke erst recht nicht geholfen worden — die Bahn für eine hundertprozentige Diktatur Hitlers und seiner SA.-Banden wäre erst recht offen gewesen.

Bei alledem darf man freilich nicht übersehen, daß die deutsche Arbeiterklasse trotz ihrer gegenwärtigen Schwächung durch Krise und Spaltung mit der italienischen nicht gleichzustellen ist, und daß eine Mussolini-Herrschaft in Deutschland nicht nur zum allgemeinen Bürgerkrieg, sondern auch zum Zerfall des Reiches rettungslos geführt haben würde. Denn es ist ausgeschlossen, daß sich die Bevölkerung Süddeutschlands und des Rheinlandes — um nur diese beiden wichtigen Gebiete zu nennen, in denen die Nazis nur über eine kleine Minderheit der Wählerschaft verfügen — ohne weiteres mit der Alleinherrschaft Hitlers abgefunden hätte. Schon diese Erwägung, abgesehen von der Zumutung einer Eidesverletzung, dürfte Hindenburg und seine Berater von der Unmöglichkeit überzeugt haben, Hitlers Forderung zu erfüllen.

Immer deutlicher zeigt sich, daß Hitler jedes Augenmaß für die realpolitischen Möglichkeiten für seine persönlichen Fähigkeiten verloren hat. Auch die schärfsten Gegner Mussolinis erkennen an, daß er ein Kerl ist, der schon vor seinem Machtantritt in einer langen politischen und journalistischen Laufbahn etwas geleistet und gelernt hatte. Adolf Hitler ist bisher den Beweis dafür schuldig geblieben, daß er etwas anderes kann als im Trancezustand immer die gleichen pathetischen Reden zu halten, hinter denen nicht ein vernünftiger und brauchbarer Gedanke steckt. Daß er damit in einer Zeit wirtschaftlicher und geistiger Verheerungen nahezu 14 Millionen Wählerstimmen einfangen konnte, beweist nicht das geringste für seine geistigen oder gar staatsmännischen Fähigkeiten, sondern es zeigt nur den Grad politischen Krankheitszustandes des deutschen Volkes auf. Hitlers selbstgefällige Schwätzereien haben ihm bei seinen Gläubigen den Ruf eines neuen Heilands eingebracht, bei seinen kritischen Gegnern aber den Spitznamen „Schmussolini". Das italienische Volk ist unter zehnjähriger Herrschaft Mussolinis wirtschaftlich und geistig auf den Hund gekommen. Das deutsche Volk ist zu schade, um als Versuchskarnickel eines Schmussolinis zugrunde zu gehen.

Der Naziaufruhr in Ohlau

45 Ohlauer Arbeiter als Angeklagte vor Gericht

Gestern begann in Brieg der Monstreprozeß gegen 45 Ohlauer Arbeiter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbannerkameraden, denen im Zusammenhang mit den Zusammenstößen in Ohlau schwerer Landfriedensbruch und Körperverletzung mit Todeserfolg zur Last gelegt wird. Es ist dies die erste Standgerichtsverhandlung in Schlesien, die allerdings nicht auf Grund der Terrorverordnung, sondern des Strafgesetzbuches Recht zu sprechen hat. Selbstverständlich ist die „Schlesische Zeitung" außer sich vor Freude, daß hier endlich einmal dem Marxismus sozusagen der Prozeß gemacht werden kann und bezeichnet vorweg die Bekundungen der Angeklagten als „krampfhaft", was natürlich nur bei Reichsbannerfunktionären auffällt. In Schweidnitz, wo es zwar keine Toten, wohl aber Verletzte gab und niemand in Untersuchungshaft gehalten wurde, dafür aber alle Aussagen nicht nur der Angeklagten, sondern auch der Zeugen über einen Leisten geschlagen waren, da war selbstverständlich nichts „krampfhaft", da waren nur harmlose deutsche Männer, die gar nicht dafür konnten, daß jemand irgendwo eins mit dem Stuhlbein über den Kopf bekam.

Ueber Ohlau ist viel geschrieben und diskutiert worden. Der Prozeß muß nun erweisen, ob die Justiz, die ja hier unter Aufwand ganz besonderer Kraftentfaltung überraschend schnell zu arbeiten wußte, hier Zweckjustiz werden soll oder Rechtsprechung sein wird, muß erweisen, was sich in Ohlau an jenem tragischen Tage abgespielt hat und ob nachweisbarer Weise es tatsächlich Arbeiter gewesen sind, die die beiden SA.-Leute tödlich verletzten. Dieser Prozeß soll er Klärung und Recht bringen, er muß auch erweisen, inwieweit nicht Provokateure die Aufpeitschung der Leidenschaften in verhängnisvoller Weise gelang. Aber wie auch immer das Ergebnis sein mag, es ist und bleibt ein politischer Prozeß und im Rahmen eines solchen politischen Prozesses darf und kann nicht übersehen werden, daß tätliche Auseinandersetzungen in Schlesien erst an der Tagesordnung sind, seit die nationalsozialistische Privatarmee in der Schweidnitzer Saalschlacht den Kampf ums Dritte Reich mit Bierglösern und Stuhlbeinen begann, daß ganz Schlesien erst vor Tagen unter dem blutigen Terror zahlreicher Bomben- und Feuerwaffenattentate stand, deren Urheber persönlich nicht ermittelt, politisch nicht zweifelhaft sind.

Angeklagt sind 45 Arbeiter und Arbeiterinnen aus Ohlau bzw aus dem Kreise Ohlau, von denen vierzig bis zum Tage der Verhandlung in Untersuchungshaft gehalten worden waren. Ihre Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Förder und Dr. Bach-Breslau und Dr. Braun-Magdeburg, während die Anklage von durch Oberstaatsanwalt Dr. Buhl, einem deutschnationalen Parteigänger, und Staatsanwaltschaftsrat Haude vertreten wird; Vorsitzender des Sondergerichts ist Landgerichtsdirektor Herzog.

Vor Beginn der Verhandlung erheben die Verteidiger Einspruch gegen die Behandlung dieses Prozeß vor dem Sondergericht, das auf Grund des Art. 48 eingesetzt wurde und nun erstmalig in der deutschen Rechtsgeschichte über Vorfälle zu urteilen habe, die vor der Errichtung dieser Gerichte passierten. Der Vorsitzende beschränkte sich darauf zu erklären, die Zuständigkeit des Sondergerichts werde von Amtswegen geprüft werden.

Die

Vernehmung der Angeklagten

begann mit dem Kreisleiter des Ohlauer Reichsbanners, Durnick. Er schilderte zunächst eine Kundgebung des Reichsbanners und der Eisernen Front in Laskowitz. Bereits dort habe man zu hören bekommen, daß die „National-sozialisten" geplant hätten, in Ohlau „aufzuräumen". Aus diesem Grunde habe man abends im „Walfisch" eine Zusammenkunft der Ortsgruppenleiter verabredet, um Schutzmaßnahmen für das Gewerkschaftsbüro und den Konsumverein zu besprechen. Zwei der eingeteilten Gruppen seien unterwegs nach diesen Stellen gewesen und bei dieser Gelegenheit von „National-sozialisten" überfallen worden. Das habe sich sehr schnell herumgesprochen. Er selbst habe versucht, seine Leute zurückzuhalten; diese seien aber zu aufgeregt gewesen. Am Sportplatz sei es ihm trotzdem möglich gewesen, Reichsbannerleute, die mit Latten auf die Insassen eines Treckers einschlugen, zurückzurufen. Auch habe er sich darum bemüht, einen „national-sozialistischen" Führer in Sicherheit zu bringen. Zum Teil sei man nach den ersten Zusammenstößen im „Walfisch" wieder zusammengekommen. Die Erregung habe sich dadurch gesteigert, daß man erfahren habe, sämtliche Zugänge nach Ohlau seien durch „National-sozialisten" besetzt worden. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher er das gewußt habe, konnte der Angeklagte keine nähere Auskunft geben. Inzwischen sei es in der Oderstraße zu einem Sturm auf ein Wohnhaus durch „National-sozialisten" gekommen, wobei bekanntlich zwei Frauen durch Schüsse verletzt wurden. Von dieser Schießerei habe das Reichsbanner überhaupt keine Ahnung gehabt. Später habe sich dann eine größere Schießerei am Schloßplatz entwickelt, bei der nach Schätzung des Angeklagten etwa 200 Schüsse fielen. Dabei seien nun 40 Reichsbannerleute gesammelt und hätten die dort anwesenden etwa 2000 „National-sozialisten" auch angegriffen. Er selbst sei hinterhergegangen, um seine Leute wieder zurückzuholen.

(Fortsetzung siehe 3. Hauptblattseite.)

Nazigutsbesitzer mordet zwei Arbeiter

Auch mit Bomben wirft man noch

Bei Insterburg kam es am Sonnabend, wie erst jetzt bekannt wird, zu einer furchtbaren Bluttat, bei der zwei Arbeiter von einem nationalsozialistischen Besitzer ermordet wurden. Der Vorfall hat sich folgendermaßen abgespielt: Der nationalsozialistische Besitzer Hinz aus Tammowischken saß im Gasthaus Jableau mit mehreren Drainagearbeitern zusammen und geriet mit ihnen in Streit. Er fuhr darauf nach Hause, holte eine Pistole und lauerte den Arbeitern auf, die auf der Chaussee in Richtung Insterburg nach Hause gingen. Er gab auf die Arbeiter etwa 10 bis 12 Schüsse ab. Der Arbeiter Groß aus Insterburg erhielt einen Brustschuß und war sofort tot. Der Arbeiter Werner aus Bergenthal erhielt fünf Schüsse in den Kopf, den Hals und die Hüfte und starb ebenfalls auf der Stelle. Ein dritter Arbeiter konnte mit Mühe und Not den Schüssen entgehen. Hinz flüchtete auf seine Besitzung und wurde dort von der Polizei gestellt. Es kam zwischen ihm und der Polizei auch noch zu einem Kugelwechsel. Schließlich konnte er in einem Roggenfeld festgenommen werden.

In den späten Abendstunden des Sonnabends rotteten sich in Pialla, Kreis Johannisburg, nach dem Bekanntwerden der gescheiterten Verhandlungen zwischen Hitler und der Papen-Regierung zahlreiche Nationalsozialisten auf den Straßen zusammen. Von ihnen wurde gegen die Wohnung des jüdischen Kaufmanns Lampe eine Bombe geworfen, die jedoch vorzeitig explodierte. Der Landrat von Johannisburg entsandte zur näheren Feststellung Landjägereibeamte.

Platz frei für Nazis!

Die Direktoren Bossel und Dr. Lauffer sind aus dem Direktorium der Preußenkasse von der kommissarischen preußischen Regierung abberufen worden. Beide gelten als politisch linksstehend. Das hat vollkommen ausgereicht, um sie, obwohl ihnen nicht die geringste Verfehlung vorgeworfen werden kann, von ihren Posten zu entfernen.

Die Vorstände des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages sowie des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks haben in einem an von Papen und Dr. Bracht gerichteten Telegramm dringlichst gebeten, den bisherigen Direktor Bossel in der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse weiter zu belassen, da er das volle Vertrauen des gewerblichen Mittelstandes besitze.

Nazi mordet Nazi

In der Nacht zum 28. Juli wurde in Eteindorf der SA.-Mann Raskin, der einer Klebekolonne angehörte, bei einem Zusammenstoß politischer Gegner erschossen. Natürlich wurden von den Nazis die Kommunisten der Tat verdächtigt und 13 von ihnen verhaftet. Jetzt sind alle 13 wieder freigelassen worden, weil, wie amtlich mitgeteilt wird, nach dem augenblicklichen Stand der Vernehmungen, als erwiesen angesehen werden kann, daß Raskin von einem SA.-Mann aus Eschweiler erschossen worden ist. Dieser SA.-Mann folgte der Klebekolonne zum Schutz und hat in dem ihm unbekannten Raskin offenbar einen Parteigegner vermutet, der natürlich „erledigt" werden mußte. Das ist das untermenschliche Sittengesetz der Nazis. Selbstverständlich haben die rheinischen Nazis mit dem vom eigenen Parteigenossen erschossenen SA.-Mann ausgiebige Wahlagitation getrieben.

Offener Brief an Bracht

Gegen die politische Verhetzung durch Verbreitung falscher Behauptungen hat der Staatskommissarius für Preußen Dr. Bracht vor kurzem eine geharnischte Erklärung losgelassen. Er kündigte „schärfstes Eingreifen in die Freiheit der Presse" an für den Fall, daß seiner Mahnung zur Mäßigung im Verleumden nicht Folge geleistet würde. Diejenigen, die es anging, haben auf die Mahnung des Herrn Bracht gepfiffen. Die Nazi-Blätter denken garnicht daran, ihr Gewerbe einzustellen. Jetzt haben nun die sozialdemokratischen Abgeordneten Crispien und Dittmann den stellvertretenden Reichskommissar durch einen „Offenen Brief" an seine Ankündigung erinnert, indem sie Herrn Dr. Bracht schrieben:

„Sehr geehrter Herr Reichskommissar!

Sie haben kürzlich scharfe Maßnahmen gegen die Presse angedroht, wenn sie durch falsche Nachrichten politische Verhetzung betreibe.

In Nr. 33 des „Fridericus" 2. August-Ausgabe 1932, wird in einem Karl Felse gezeichneten Artikel „Crispien und Dittmann in Frankreich" behauptet, daß wir während des Krieges mit französischen und amerikanischen Spionagebüros in Verbindung gestanden hätten. Insbesondere wird behauptet, wir seien 1917 im amerikanischen Spionagbüro in Chaumont in Französisch-Lothringen gewesen.

Diese Behauptungen sind unwahr. Wir waren niemals in Chaumont und haben niemals mit französischen oder amerikanischen Spionagebüros irgendwelche Verbindungen unterhalten. Crispien stand zu der angegebenen Zeit als Gefechtsläufer und Kompagniezeichner an der Front in den Argonnen und Dittmann hat überhaupt erst 1925, anläßlich des Internationalen Sozialistenkongresses in Marseille zum erstenmal französischen Boden betreten, also sieben Jahre nach Kriegsende.

Auch Scheidemann, Landsberg, Wissel und andere sozialdemokratische Politiker werden in dem Artikel in demselben diffamierenden Sinne genannt, ein Beweis, daß bewußt politische Verhetzung gegen die Sozialdemokratie getrieben werden soll. Wenn ein gerichtliches Urteil nach Jahren die Verleumdung feststellt, ist damit für die Gegenwart kein Schutz gewährt und der Verhetzung nicht gesteuert, wie Reichskanzler Dr. Marx schon vor Jahren im Reichstag feststellte. Hier liegt aber nicht nur Verleumdung und politische Verhetzung durch falsche Nachrichten vor, sondern zugleich eine „legal" getarnte Mordhetze, denn der Artikel bezeichnet uns und die übrigen genannten Sozialdemokraten immerfort als „Kandidaten für ein Hochgericht".

Als deutsche Staatsbürger und Volksvertreter erwarten wir, Herr Reichskommissar, gemäß Ihrer Ankündigung ein Einschreiten im öffentlichen Interesse.

Berlin, den 15. August 1932.

Artur Crispien. Wilhelm Dittmann."

Bracht vernazt die Polizei

Bracht, der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, lockert auch die letzten Beschränkungen, die dem Eindringen der SA.-Leute in den Polizeikörper gezogen waren. Wegen unflätiger Angriffe auf „das System" war durch Severing im Jahre 1930 den preußischen Polizeibeamten jede Betätigung für den sogenannten „Verband der Schutzpolizeibeamten Preußens" während des Dienstes und in den Polizeiunterkünften verboten worden, ebenso die Verbreitung des Organs dieser kleinen Gruppe „Die preußische Schutzpolizei". Es handelt sich um die in Polizeikreisen unter dem Namen „Jossupeit-Verband" bekannte, unter dem Einfluß des deutschnationalen Abgeordneten Borek stehende Vereinigung, die zwar klein an Zahl, aber als Nazizelle in der Polizei desto unverschämter in ihrer Redeform war. Dr. Bracht hat nun den Verbotserlaß Severings aufgehoben, die Betätigung für die genannte Nazizelle ausdrücklich freigegeben, den Behörden auch wieder amtliche Beziehungen zu dem Verband verordnet und sich nur darauf beschränkt, dem Verbandsorgan mit väterlicher Mahnung eine „maßvolle und sachliche Sprache" zu empfehlen. Man sieht, daß das Bracht-Kommissariat die Autorität des Staates in aller Form „wiederherstellt".

608 Reichstagsabgeordnete

Die endgültige Feststellung des Wahlergebnisses

Der Reichswahlausschuß, der am Montag eine öffentliche Sitzung zur endgültigen Feststellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen abhielt, hat errechnet, daß der neue Reichstag im ganzen 608 Mitglieder zählen wird. Als Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, daß 42 Abgeordnete in Wahlkreisverbänden und 66 Abgeordnete auf den Reichslisten gewählt worden sind. Als Gesamtzahl der Mandate ergab sich einschl. der Kreissitze 608. Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Reichstagswahlen ist also die Mandatsziffer um einen Abgeordnetensitz gestiegen, der dem Reichswahlvorschlag der Bayrischen Volkspartei zufällt. Nach der zwischen der Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei getroffenen Abmachung dürfte dieses Mandat dem Abgeordneten Mollath (WP.) zuerkannt werden, so daß die Wirtschaftspartei nunmehr über zwei Reichstagsmandate verfügt. Die Stärke der einzelnen Parteien stellt sich jetzt folgendermaßen: Sozialdemokratische Partei 133, Nationalsozialistische Partei 230, Kommunisten 89, Zentrum 75, Deutschnationale 37, Deutsche Volkspartei 7, Landvolk 1, Bayrische Volkspartei 22, Wirtschaftspartei 2, Staatspartei 4, Christlichsozialer Volksdienst 4, Deutsche Bauernpartei 2, Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund) 2.

Große Rosinen der Papenregierung

Die Reichsregierung will nach dem Scheitern der Koalition mit Hitler mit einem umfangreichen Programm vor den Reichstag treten. Außer den politischen Fragen der Reichsreform, der Wahlreform und der Einführung einer Ersten Kammer soll das Programm vor allem wirtschaftliche Fragen umfassen, und zwar den Arbeitsdienst, die Arbeitsbeschaffung, die Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge, die Lockerung der Tarifverträge, die Erteilung von öffentlichen Aufträgen zur Ankurbelung der Wirtschaft, die Siedlung und schließlich ein Gesetz über die Finanzreform.

Das wäre ein bißchen viel auf einmal. Die wirtschaftlichen Kernpunkte des Programms sind nicht neu, sie enthalten die Forderungen der Schwerindustrie.

Papens Notverordnung ist Hitlers Notverordnung

Stuttgart, 15. August. (Eigener Drahtbericht).

Wie wir kürzlich mitteilten, hat Adolf Hitler gegen die „Schwäbische Tagwacht" bei einem Stuttgarter Richter eine „einstweilige Verfügung" erwirkt, die dahin geht, daß der „Schwäbischen Tagwacht" untersagt wird, das Wort „Hitler-Notverordnung" auf die Notverordnung der Regierung Papen vom 14. Juli anzuwenden. Die „Schwäbische Tagwacht" hat gegen diese Verfügung Widerspruch erhoben. Der Termin für die Hauptverhandlung über den Klageantrag ist auf den 12. Oktober angesetzt worden, an dem zugleich auch die Entscheidung über den Widerspruch der „Schwäbischen Tagwacht" gegen die einstweilige Verfügung getroffen werden soll, falls nicht inzwischen neue Tatsachen eintreten, die dem Kläger — das ist in diesem Falle die „Schwäbische Tagwacht" — das Recht geben, aufs neue das Gericht anzurufen.

Die „Schwäbische Tagwacht" vertritt jetzt die Auffassung, daß diese neuen Tatsachen gewissermaßen über Nacht eingetreten seien. Sie befänden in dem amtlichen Bericht über den Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten. Dadurch habe der letztere öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß Hitler ihm zugesichert habe, nach der Neuwahl des Reichstags die vom Reichspräsidenten berufene „nationale" Regierung zu unterstützen. Diese Zusage war die Voraussetzung für das Inslebentreten der Regierung Papen und der von ihr getroffenen Maßnahmen, die, beginnend mit der Aufhebung des Verbots der Hitlerschen Privatarmee und der öffentlichen Aufzüge sowie der Ausschreibung von Reichstagsneuwahlen bis zur Notverordnung vom 14. Juli ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Daher hätten sich die Rechtsvertreter Adolf Hitlers vor dem Stuttgarter Gericht einer zumindest objektiven Unwahrheit schuldig gemacht, als sie abstritten, daß die Nationalsozialistische Partei mit der Notverordnung etwas zu tun hätte. Die einstweilige Verfügung des Stuttgarter Gerichts stelle daher nichts anderes dar als die Begünstigung der Parteilüge des Braunen Hauses. Es sei denn, daß der Richter, der die Verfügung erlassen hat, auch dazu übergehen wollte, auf Antrag Hitlers nunmehr den Reichspräsidenten von Hindenburg der Unwahrhaftigkeit zu zeihen.

Preußen verlangt Schlachtsteuer in Hessen

Die kommissarische preußische Regierung hat im Hinblick auf den regen Grenzverkehr, der nach der Einführung der Schlachtsteuer in Preußen an der preußisch-hessischen Grenze zum schlachtsteuerfreien Hessen eingesetzt hat, der hessischen Regierung nahegelegt, ebenfalls eine Schlachtsteuer einzuführen. Hierzu wird von hessischer Seite betont, daß dies ohne den Landtag nicht möglich ist. Der hessische Landtag dürfte aber auf keinen Fall geneigt sein, einem solchen Wunsch der hessischen Regierung, falls er tatsächlich vorliegen sollte, zu entsprechen, da die hessische Bevölkerung und auch das hessische Fleischergewerbe eine solche neue steuerliche Belastung durchaus ablehnen würden.

Sozialdemokraten gegen Nazi-Kerrl

Der Nazipräsident des Preußischen Landtages, Kerrl, hat bisher trotz entsprechenden Antrages der Sozialdemokraten und Verlangens der Kommunisten noch keinen Termin für die nächste Plenarsitzung anberaumt. Darauf hat die Sozialdemokratische Fraktion folgendes Telegramm an den Staatsgerichtshof nach Leipzig gesandt:

„In der verfassungsrechtlichen Streitsache der Sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtages, Antragstellerin, gegen den Präsidenten des Preußischen Landtages, Antragsgegner, wegen Einberufung des Preußischen Landtages beantragen wir Erlaß einstweiliger Verfügung, wonach Landtagspräsident verfassungsmäßig verpflichtet ist, dem am 3.8. 32 gestellten und durch Beschluß des Aeltestenrats vom 3.8.32 sanktionierten Verlangen eines Fünftels der Landtagsmitglieder

---

Frauen im Gefängnis

Von Guy de Téramond

27] (Nachdruck verboten)

Fabienne erkannte bald, daß die vorhandene feindliche Stimmung sich nicht verringerte, eher zunahm. Aufgebracht darüber, zeigte sie eine spröde, abweisende Haltung, die wenig geeignet war, ihr Sympathien zu gewinnen, die bei einem Fall wie dem ihrigen fast ebenso wichtig werden können wie Beweise.

Der furchtbare Zustand der Verzweiflung, der seit drei Monaten ihre Nerven zermürbte, hatte sich zu heftiger Empörung verwandelt gegen die Ungerechtigkeit, deren Opfer sie war.

Während des Aufrufs der Zeugen saß sie hochaufgerichtet und scheinbar teilnahmslos auf ihrer Bank.

Was kümmerte sie der Aufmarsch dieser Zeugen! Unter ihnen befanden sich der auf ihr Telephonat erschienene Kommissar, der Inspektor, der Arzt, Nachbarn, Herren aus Roger Mongenets Zirkel, der Stern der Folies-Pigalle, Lea Flute...

Leise zitierte sie, als Aline Moussetard, ihre ehemalige Kammerfrau, aufgerufen wurde, die einen sehr korrekten, fast feinen Eindruck machte, die Lider hatte sie wie gewöhnlich gesenkt.

Als der Präsident gegen Mittag das Verhör begann, war Fabienne schon sehr erschöpft. Die ersten Fragen beantwortete sie wie geistesabwesend, dann aber nahm sie lebhafteren Anteil, geriet in Erregung, als sie — mindestens zum zwanzigsten Male seit Beginn der Affäre — gefragt wurde:

„Sie haben sich mit Ihrem Mann schlecht verstanden? Es gab häufig Auseinandersetzungen, Streit?"

Fast tonlos erwiderte sie überlegt:

„Wir haben Differenzen miteinander gehabt. Ich ahnte, was für eine Art von Leben er führte. Ist das aber ein Grund, mir ihn zu ermorden?"

Geflüster im Saale!... Die Erwiderung der jungen Frau wirkte überraschend. Die einen wollten den Beweis ihrer Schuldlosigkeit darin erkennen, die Anklagerede gegen einen schrecklichen Irrtum, die anderen vermuteten, der Haß, den selbst der Tod nicht getilgt hatte, spräche aus ihr.

Ein oder zweimal warf der Verteidiger Bemerkungen ein, unter dem Vorwand, irgend etwas Nebensächliches richtigzustellen, in Wahrheit wollte er nur, daß sie ihn ansehen sollte. Er war bestrebt, sie zu beruhigen, vermöge jenes Gefühlsfluidums, das, wie er empfand, zwischen ihnen vorhanden war. Aber ihre Augen starrten ins Leere, sie erschien hochmütig, indifferent. In Wirklichkeit war sie nur bis ins Innerste verletzt, weil man nichts von dem vor der Oeffentlichkeit zurückhielt, was sie zu verbergen sich bemüht hatte — die Qualen, die Schmach dieser zwei Ehejahre: alles wurde der skandalüsternen Menge preisgegeben...

Sie vergaß, daß in diesen Augenblicken ihr ganzes ferneres Schicksal auf dem Spiele stand, daß Sympathie oder Antipathie, die sie hervorrief, von entscheidendem Einfluß sein würden, daß es um ihre Freiheit, fast um ihr Leben ging. Wenn ihr auch die Guillotine nicht drohte — war für eine Frau von ihrer Art das Gefängnis nicht ein vorweggenommener Tod und schlimmer als der leibliche?

Rasselten diese Fragen des Vorsitzenden sie nicht an ein Kreuz?

Sie suchte immer unempfindlicher zu scheinen, um Entsetzen und Widerwillen nicht erkennen zu lassen. Paul Ferval, der feinfühlend genug war, um den leisesten Wandel der Meinung herauszuspüren, dem nicht die kleinste Veränderung in den Mienen der Richter entging — er konnte nicht daran zweifeln, daß die feindliche Stimmung mehr und mehr die Oberhand gewann.

Er hatte Fabienne zurufen mögen: „Ueberlassen Sie sich doch bloß ganz Ihrer Qual, zeigen Sie, wie man Sie seelisch foltert! Weinen Sie! Ihre Tränen werden Mitgefühl hervorrufen! Das wird Ihre Unschuld beweisen! Begreifen Sie nicht, daß Sie diese Geschmorenen vor den Kopf stoßen, daß Sie das Publikum gegen sich aufbringen, weil Sie Ihre Erregung und Rührung, die in Ihnen zittert, für sich behalten? Verstehen Sie denn nicht, daß Sie auf diese Weise Gefahren heraufbeschwören?"

Ein Moment trat ein, wo eine für Fabienne günstigere Stimmung entstand.

Der Präsident hatte Fragen über Fragen an sie gerichtet. Ueber Ihre Mama, über die Art ihres Zusammenlebens mit ihr, über seine Beziehungen, über sein Treiben, soweit ihr dies kein Geheimnis war.

„Wie erklären Sie sich, daß Unbekannte, Fremde in Ihre Wohnung dringen konnten, ohne daß Sie etwas davon hörten? Daß kaum ein paar Schritte von Ihnen ein Mord verübt wurde, ohne daß das kleinste Geräusch zu Ihnen drang?"

Sie entgegnete:

„Herr Präsident! Wäre ich imstande, Aufklärungen zu geben, würde ich wohl hier sein? Ich weiß nichts! Was soll ich da sagen... Niemand weiß Gewisses, und es kann niemand mehr aussagen als ich, die man hier anklagt!"

In ihrer Stimme vibrierte eine so ehrliche Entrüstung, daß Augen sich mit Tränen füllten, und Paul Ferval hörte, daß auf der Bank der Pressevertreter der Hauptschriftleiter des Großen Journals zu seinem Nachbar sagte:

„Sie macht einen aufrichtigen Eindruck, die Kleine!"

Einer Ohnmacht nahe war nach zweistündiger Verhandlung Fabienne auf ihren Sitz gesunken. Paul Ferval fühlte, daß die Meinungen im Saale geteilt waren: die einen neigten zu der Ansicht, daß das hochmütig kühle Gebaren die Empörung einer verängstigten Seele sei, andere Voreingenommene wollten gerade aus dieser Haltung schließen, sie sei die Täterin.

Noch war nichts verloren.

Alles hing von den Zeugen ab und von der Auslegung ihrer Aeußerungen.

Etwa zwanzig Personen waren als Zeugen geladen. Mehr als die Hälfte stand der Tragödie fern. Sie konnten nur vage Geschichten über Roger Mongenet erzählen oder gaben wieder, was ihnen über Mißhelligkeiten zwischen dem Ehepaar mitgeteilt worden war.

Die einzigen, deren Erklärungen interessierten, waren der Polizeikommissar und die beiden anderen, die den ersten Erörterungen beiwohnten: der Arzt und die Kammerfrau.

Man fühlte, daß die ersten Hauptzeugen trotz ihrer Stellungnahme sich einer lobenswerten Unparteilichkeit befleißigten. Inspektor Fernand gebrauchte eine Wendung, die das Auditorium sichtlich beeinflußte:

„Was wir sahen, formte sich zu einer Gesamtheit von Tatsachen, die sich gegen die Angeklagte zu wenden schien. Trotzdem, einen unbestreitbaren Beweis blieben sie nicht!"

Der Präsident bemerkte dazu:

„Sie hätten Frau Mongenet nicht beschuldigt, wenn Verdachtsgründe moralischer Art nicht zu Ihren Feststellungen hinzugekommen wären."

(Fortsetzung folgt.)

Landtag einzuberufen. Gründe: Sitzung Aeltestenrat 3. August anerkannte Berechtigung eines Fünftels der Landtagsmitglieder (Art. 17, 3, Preuß.-Verfassung), Einberufung Landtagssitzung zu fordern. Sitzungstermin wurde durch Beschluß Aeltestenrat auf 16. und 17. August festgelegt. Landtagspräsident weigert sich, Aeltestenratsbeschluß durchzuführen; lehnt Einberufung nicht nur für 16. und 17. August, sondern auch für folgende Tage ab. Erblicken im Verhalten Landtagspräsidenten groben Verstoß gegen Preußische Staatsverfassung Art. 17, Abs. 3."

Naziwirtschaft in Mecklenburg

Neue Parteibuchbeamte — Hakenkreuz am Polizeirock
Verkauf von Staatsbesitz

Die Parteibuchwirtschaft, um in nationalsozialistischem Jargon zu sprechen, geht im Hitlerschen Mecklenburg weiter. Fast jeden Tag wird man überrascht durch den neuen glänzenden Aufstieg eines Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei. Zur „juristischen Hilfskraft" des nationalsozialistischen Kommandeurs der Mecklenburgischen Ordnungspolizei, des Majors Heydemann, ist der Gerichtsassessor Wagner ausersehen, der selbstverständlich der Nationalsozialistischen Partei angehört. Wagner soll den bewährten Ministerialrat Dr. Jeß ersetzen, der von der Leitung des Landeskriminalamts und der politischen Polizei entbunden und einem anderen Ressort zugeteilt worden ist.

Um ihren Parteianhängern innerhalb der stark nationalsozialistisch infizierten Mecklenburgischen Ordnungspolizei entgegenzukommen, hat die Mecklenburgische Hitlerregierung die Verfügung der früheren deutschnationalen Regierung aufgehoben, die dem staatlichen Polizeibeamten das Tragen von politischen Abzeichen überhaupt verbietet. Die Regierung Granzow-Scharf hat den Glauben, durch die Aufhebung des Abzeichenverbots das Vertrauen zur objektiven Amtsverwaltung der Polizei zu stärken und meint wohl irrtümlicherweise, daß das Hakenkreuz an der Brust eines Ordnungspolizeibeamten nicht als eine Aufreizung der überwiegenden Mehrheit des Mecklenburgischen Volkes angesehen wird.

Die nationalsozialistische Regierung hat weiter die Absicht, von den mecklenburgischen Staatsdomänen in größerem Umfange Land abzuzweigen und es kleinen und mittleren Landwirten zum Kauf anzubieten. Sie will hiermit der Staatshauptkasse Barmittel zuführen. Offenbar beabsichtigt die Regierung nicht, mit diesen Mitteln Schulden abzuzahlen, sondern sie will das Staatsvermögen teilweise verbrauchen. Ob bei den augenblicklich niedrigen Preisen es gerade der geeignete Zeitpunkt ist, staatlichen Grundbesitz abzustoßen, muß bezweifelt werden. Immerhin waren die Domänen in Mecklenburg schon seit jeher das Sorgenkind aller Regierungen. Eine Aufteilung dieser unrentablen Betriebe ist nicht unbedingt zu verwerfen, allerdings darf man nicht vergessen, daß die Geldgeber des Landes in Rücksicht auf dessen beträchtlichen Grundbesitz die Kredite gegeben haben. Der Schritt der Regierung ist also nicht ganz unbedenklich. Die Hitler-Regierung ist optimistisch und glaubt, daß durch den Verkauf von Land an kleine und mittlere Landwirte diese zum Bau von Wirtschaftsgebäuden und zur Durchführung von Anbauten gezwungen werden. Auf diese Weise hofft man, den Baumarkt zu beleben.

Standartenbefehle der Nazis

Neue Terroraktе in Sicht

Aus Standartenbefehlen der NSDAP. im Gau Köln-Aachen, von denen die „Rheinische Zeitung" Kenntnis erhalten hat, geht hervor, daß die oberste SA.-Führung im Hinblick auf die Terroraktе in Ostpreußen und Schlesien einen Erlaß herausgegeben hat, worin alle SA.- und SS.-Männer aufgefordert werden, die Nerven zu behalten und an dem legalen Kurs der Partei festzuhalten. Wie zweideutig aber dennoch die Haltung der Nationalsozialisten bleibt und wie sie die SA. und die SS. mit der Aussicht auf spätere gewaltsame Auseinandersetzungen in Spannung halten, beweist folgender Satz in einem Kölner Standartenbefehl vom 10. August, der über die Anordnungen der führenden SA.-Leitung sagt: „In dem Erlaß wird jedes selbständige Handeln einzelner Männer oder Verbände untersagt. Es kommt nur ein geschlossener Einsatz der Gesamt-SA. und SS. zu einem späteren Zeitpunkt in Frage. Das Gebot der Stunde ist, die Verhandlungen der Reichsleitung zwecks Regierungsübernahme nicht durch sinnlose Terroraktionen zu stören.

Sehr bedenklich ist, daß in den Kölner Standartenbefehlen ein Zusammenhang zwischen SA. und Polizei behauptet wird durch folgenden Satz: „Die Zusammenarbeit zwischen SA. und Polizei ist auch auf die Grenzpolizei auszudehnen." In einem Befehl vom 9. August 1932 wird der Nazipresse zur Pflicht gemacht: „Gegen den derzeitigen Reichswehrminister, General von Schleicher, sind keinerlei Angriffe zu richten." Ueber die erste Sitzung des neuen Reichstages wird in einem Standartenbefehl gesagt: „An der Eröffnungssitzung haben alle NS.-Abgeordneten, möglichst im Braunhemd pp., teilzunehmen. Es ist anzunehmen, daß eine Aktion geplant ist, wenn die KPD. den Alterspräsidenten stellt oder sonstige Beleidigungen für die NSDAP. zugelassen werden." Schließlich wird in dem Standartenbefehl noch angekündigt, daß sich die Nationalsozialisten besonders des Ausbaues ihrer Organisation in den Grenzgebieten annehmen sollen. In einigen Monaten müßten 75 Prozent der westdeutschen Grenzbevölkerung nationalsozialistisch sein.

Die Helfer des Auslandes

Paris, 15. August. (Eig. Drahtber.)

Nachdem Ministerpräsident Herriot, der am Sonntag in Metz zwar den Friedenswillen Frankreichs betont, gleichzeitig aber auch angesichts der „Rufe nach Gewalt und der Lobreden auf den Krieg" die Notwendigkeit zur Wachsamkeit in Frankreich unterstrichen hatte, hat sich am Montag Kriegsminister Paul Boncour in Blois im gleichen Sinne geäußert. Er betonte es als seine Pflicht als Kriegsminister, die nationale Verteidigung Frankreichs im Sinne der Außenpolitik seiner Regierung zu sichern. Herriot habe in Lausanne gezeigt, daß er zur Verständigung namentlich mit England und Amerika unbedingt bereit sei.

Die Parade alter Soldaten in Pirmasens hat in der Pariser Presse starke Verstimmung hervorgerufen. Die nationalistische „Liberté" verlangt am Montag schon, daß man derartige Kundgebungen sofort mit einem Rüstungswettrennen beantworten müsse. Als erste Aufrüstung verlangt das Blatt den Bau von drei großen Panzerkreuzern [illegible] Tonnen.

Der „Temps" leitet aus der Militärparade in Pirmasens für Frankreich Kapital auf diplomatischem Gebiet zu schlagen. Er weist nämlich darauf hin, daß gerade derartige Kundgebungen ein guter Beweis dafür seien, wie Recht Frankreich habe, wenn es immer eine Ergänzung des Kellogg-Paktes durch Sanktionsbestimmungen fordere: „Obwohl Deutschland selbst den Kellogg-Pakt unterzeichnet hat, betrachtet es den Krieg weiter als ein gesetzliches Mittel, um das Ziel seiner nationalen Politik zu erreichen. Es ermutigt das ganze Volk in der gefährlichen Illusion, daß trotz alles bestehenden Verträge die Revanche es wieder in den Besitz der verlorenen Gebiete bringen könnte. Solange aber diese Gesinnung, die sich jetzt wieder in Pirmasens gezeigt hat, auf der anderen Seite des Rheins besteht, hat jeder Friedenspakt in den Augen der am meisten bedrohten Völker nur einen Wert, als er Sanktionen gegen diese Verletzung und genügende Garantien für die allgemeine Sicherheit vorsieht."

Der Naziaufruhr in Ohlau

(Fortsetzung.)

Der Vorsitzende fragte den Angeklagten nun, ob er auch gesehen habe, daß ein Nationalsozialist mehrere Fahrräder in die Ohle geworfen habe. Durnick verneint dies; ebenso bestreitet er, überhaupt einzelne Phasen des Kampfes beobachtet zu haben. Seine Leute seien bereits im Begriff gewesen, die Straße zu verlassen, als das Ueberfallkommando der Landjägerei erschien. Es sei auch unmöglich, daß seine Leute geschossen hatten. Die im Garten des „Walfisch" gefundenen Waffen müßten von National„sozialisten" dort abgeworfen sein.

Der Gewerkschaftssekretär Strulik, gibt zu, daß die Reichsbannergruppen bereit gewesen seien, national„sozialistische" Gruppen, die ihre Freunde angegriffen hätten, zu verprügeln. Er selbst habe sich allerdings an dieser Schlägerei nicht beteiligen wollen, sondern sei lediglich hineingeraten.

Der **dritte Angeklagte** ist der Leiter der Ohlauer Ortsgruppe des Reichsbanners, Bloch. Er schildert, daß er bereits bei seiner Rückkehr aus Laskowitz beim Verlassen eines Kraftwagens gehört habe, daß in Ohlau etwas los sei. Warum die Reichsbannerleute zusammengeblieben seien, könne er nicht sagen; er selbst aber habe die Absicht gehabt, nicht nach Hause zu gehen, weil ihm schon lange von den Gegnern nach dem Leben getrachtet worden sei. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten einen Brief an den Landrat von Ohlau vor, in dem er der Behörde mit Selbsthilfe droht, falls die Polizei beim Schutze des Reichsbanners in Zukunft versagen würde und will vom Angeklagten wissen, was er unter dem Begriff Selbsthilfe verstanden habe.

Als vierter Angeklagter wird der Tambour des Reichsbanners, Banin, gehört, der sich an den ganzen Zusammenstößen fast garnicht beteiligt haben will, jedoch einmal hineingeraten und **von einem SA.-Mann mit einem Schlagring niedergeschlagen worden sei.** Als er später hörte, daß seine Kameraden einen Gegenangriff unternehmen wollten, habe er sofort die Absicht gehabt, sich nach Hause zu begeben, da er als alter Mann eine solche Aktion nicht mitmachen wollte. Auch die nächsten Angeklagten geben an, nur passiv beteiligt gewesen zu sein. Der parteilose Arbeiter Opuntke aus Ohlau erklärt: **„Ich kam unbeteiligt dazu und war schon geschnappt."** Ein anderer gibt an, zwar eine Zaunlatte in der Hand gehabt zu haben, aber nur, um sie in einen Hausflur zu stellen. Vorsitzender: „Wenn mir dann bloß einer sagen könnte, wer in aller Welt den SA.-Mann Koniezki niedergeschlagen, die Leiche in die Ohle geworfen, die anderen Leute verprügelt und beschossen hat." Der Arbeiter Herbert Banin hat das Reichsbanner alarmiert und gehört, wie die Leute Zaunlatten abrissen. Der ebenfalls angeklagte Tischler Georg Fischer hörte angeblich, wie Durniok im „Walfisch" die Frauen nach Hause schickte und die Männer zurückbehielt. Weiter hat er beobachtet, wie fünf bis sechs Reichsbannerleute auf die Fahrer des nationalsozialistischen Treckers einschlugen.

Nach der Mittagspause läßt der Vorsitzende nur ganz knappe Aussagen zu, wodurch das Bild der Vorkommnisse natürlich nicht klarer wird. Der Reichsbanner-Ortsgruppenführer Kaufmann Adolf Haselbach aus Stanowitz gibt für seine etwa 18 Mann starke **Radfahrerkolonne** an, daß man nur durch einen Reifendefekt vor Ohlau aufgehalten worden sei und im Uebrigen **mit den Ausschreitungen nichts zu tun gehabt** habe. Eine Zeugenaussage, nach der er am Trecker gesehen worden sei, bestreitet Haselbach energisch.

Der Reichsbannermann und Maler Paul Trettau beteuert, in der strittigen Zeit in Laskowitz, Kreis Ohlau, **beim Tanz gewesen** zu sein. Ein Alibi vermag er jedoch nicht beizubringen. Rechtsanwalt Foerder: „Haben Sie dort nicht mit einer jungen Dame besonders getanzt?" Angeklagten: „Ja, aber ich weiß ihren Namen nicht." Rechtsanwalt Foerder zum Vorsitzenden: „Die junge Dame hat sich bei mir als Zeugin gemeldet. Der Arbeiter Ernst Müller aus Ohlau von der Roten Hilfe, der als Rädelsführer angeklagt ist, gibt an, sich nur in seiner Eigenschaft als ausgebildeter Sanitäter auf dem Kampfplatz aufgehalten zu haben.

Als erster wird Genosse Manche vernommen, der, wie unseren Lesern erinnerlich, schwer verletzt und schließlich aus dem Krankenhause heraus verhaftet worden war. Manche gibt an, zunächst an den Schlägereien überhaupt nicht beteiligt gewesen, sondern lediglich in der Stadt durch verschiedene Straßen gegangen zu sein, um einen Parteigenossen aufzusuchen und mit diesem über Berichterstatterfragen zu verhandeln. Hierbei sei er in die Nähe des „Walfisch" gekommen, habe aber dort nichts mehr von Reichsbanneransammlungen gesehen. Er ist darauf wieder in die Stadt zurückgegangen und habe an der Ohlebrücke einen Zug National„sozialisten" angetroffen, der unter dem Schutze eines Polizeibeamten auf die Breslauer Straße gebracht wurde. Ganz plötzlich ertönten aus diesem Zuge heraus Rufe: **„Hier ist der rote Manche, schlagt ihn tot!"** Ein Teil der National„sozialisten stürzte sich auf ihn, so daß er fliehen mußte. Er wurde aber eingeholt und geschlagen und zu gleicher Zeit vom Schloßplatz her mit Taschenlampen geblendet. In dieser Bedrängnis habe er auch seinen Revolver gezogen und **einen Schreckschuß** in die Luft abgegeben. Daraufhin sei er sofort niedergeschlagen und schwer verwundet worden. Der Vorsitzende hält ihm — offenbar als belastendes Moment — vor, daß es zwei Tage vor dem blutigen Zusammenstoß bei einer Erwerbslosendemonstration unter seiner Leitung ebenfalls zu einem Zusammenstoß zwischen Teilnehmern der Demonstration und einem nationalsozialistischen Major a. D. gekommen wäre.

Mit der Beendigung der Vernehmung der Angeklagten wurde die Verhandlung am ersten Tage abgebrochen und auf Dienstag früh 8 Uhr vertagt.

Hitler-Hindenburg im Auslandspiegel

Die niederländische Abendpresse behandelt die Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler in längeren Artikeln. Unser Parteiblatt „Het Volk" ist der Auffassung, daß selbst dann die Auflösung des deutschen Dramas nicht so einfach wäre, wenn jetzt etwa Justiz und Heer auf Hitler losgelassen werden sollten. Bis zum letzten Augenblick habe Schleicher die besten Beziehungen zu Hitler unterhalten und die Reichswehr den Faschisten zugänglich gemacht. Wie aber werde es in Deutschland aussehen, wenn es den vereinigten Baronen und Generälen tatsächlich gelänge, Hitlers Zauber zu brechen, und wenn Millionen seiner Anhänger ihr Heil bei Moskau suchten? Auch der „Telegraaf" hält den Zustand in Deutschland für äußerst gespannt. Schon sei die Position der Regierung von Papen unvergleichbar schwieriger als die des Kabinetts Brüning zu dem Zeitpunkt, in dem dieses gestürzt wurde. Deutschland habe eine gefährliche Bahn beschritten, als außerparlamentarische Kräfte eingriffen und eine Verantwortlichkeit übernahmen, die sie, wie sich jetzt zeige, nur schwer tragen könnten. Der „Neue Rotterdamsche Courant" sieht in dem Ergebnis des Gesprächs zwischen Hindenburg und Hitler eine Selbstverständlichkeit, da Hindenburg keine Neigung zu irgend einem gewagten Experiment mit den Nationalsozialisten habe und von Papen nicht daran denke, zurückzutreten. Andererseits hätte Hitler ebensowenig in eine Regierung eintreten können, worin seine Grundsätze nicht ausschlaggebend wären. Deswegen gehe das Manövrieren noch weiter und selbst die Hauptspieler des Spiels seien sich noch nicht darüber klar, was eigentlich werden solle.

Polen und Danzig

Die Danziger Nazis auf dem Rückzuge

Nachdem die Danzig-polnischen Beziehungen unter der Naziherrschaft eine Entwicklung angenommen haben, die Danzig wirtschaftlich völlig zum Zusammenbruch zu bringen drohte, ist jetzt ein entscheidender Schritt der Völkerbundsinstanzen erfolgt. Infolge des Eingreifens des Verwaltungsdirektors des Völkerbundssekretariats Helmer Rosting haben sich die Regierungen von Polen und Danzig zu einer Verständigungsaktion entschließen müssen. In protokollarischen Erklärungen haben die Vertreter beider Regierungen sich verpflichtet, ihren Einfluß dahin aufzubieten, daß jede gegenseitige Boykottpropaganda unterbleibt und alle feindlichen Handlungen oder Kundgebungen gegen die Angehörigen des andern Staates verhindert werden. Die Danziger Regierung hat sich außerdem zu weitgehenden Erleichterungen für die Benutzung des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe verstehen müssen. Sie hat nicht nur auf die Abgabe von Saluten und offiziellen Besuchen beim Anlaufen polnischer Kriegsschiffe verzichtet, sondern auch der Entsendung von polnischen Patrouillen zur Ueberwachung von Landgängern grundsätzlich zugestimmt. Der letzte Punkt war noch im Vorjahre Anlaß zu einer entscheidenden Protestaktion des Danziger Senats bei den Völkerbundinstanzen gewesen und die Entsendung von polnischen Matrosenpatrouillen war auch vom Haager Gerichtshof für unzulässig erklärt worden. Die nationalsozialisch beeinflußte Regierung hat sich jedoch zu diesem Entgegenkommen als Konzession für die Aufhebung der polnischen Boykottpropaganda auch deswegen entschlossen, weil ihr in Aussicht gestellt wurde, daß nunmehr die Reparaturen an polnischen Kriegsschiffen wieder auf Danziger Werften erfolgen würden. Die weiteren Streitpunkte über die zollmäßige Behinderung der Danziger Wareneinfuhr nach Polen und über die Konkurrenz des Gdinger Hafens sind offen geblieben und sollen zunächst auf dem Instanzwege des Völkerbundes weiter verfolgt werden. Immerhin hofft man, daß mit der neuen Verständigungsaktion auch eine Grundlage für die Regelung dieser für Danzig lebenswichtigen Frage geschaffen worden ist. Die damit von der Nationalbürgerblockregierung eingeleitete Verständigungsära ist für diese politisch umso bedeutungsvoller, als die Regierung bei ihrem Antritt einen entschiedenen Verzicht auf jede Verständigungspolitik ausgesprochen hatte und dafür die Wahrung der Danziger Interessen durch eine „kraftvolle Außenpolitik" hat. Danzig politisch und wirtschaftlich an den Abgrund gebracht und endet jetzt mit Konzessionen an Polen, die bei einer Linksregierung nie in Frage gekommen wären.

Schöne weiße Zähne

[illegible] „Odol-Zahnpasta", [illegible] Tube 50 Pf. und 70 Pf.

Der Kampf gegen die Republik in Spanien

Paris, Mitte August 1932.

Die deutschen Ereignisse sind der jungen spanischen Republik eine Lehre. Die Aufstandsbewegung der spanischen Generäle war ein Kapp-Putsch in kleinem Maßstabe. Ist es nicht ganz auffallend, daß auch in Madrid der Hauptführer der aufständischen Kräfte „zufällig" um 4 Uhr früh durch die Straßen in seinem Generalsauto fuhr, ähnlich wie damals Herr Ludendorff behauptete, er sei nur durch puren Zufall im entscheidenden Augenblick vor dem Brandenburger Tor in Berlin erschienen? Bestimmte Generäle machen zu merkwürdigen Zeiten ihre Morgenspazierfahrten.

Auch in Spanien hatten die Republikaner zunächst gehofft, die ihrer Würde entkleidete monarchistische Offizierskaste würde Ruhe halten und sich mit der neuen republikanischen Verfassung abfinden. Auch in Spanien war man zu optimistisch.

Das Land muß sich halt in Acht nehmen, daß sich nach dem mißlungenen spanischen Kapp-Putsch jetzt nicht dunkle Elemente zur Gründung einer Art faschistischer Bewegung zusammenfinden. Das Beispiel Portugals könnte locken. Leider muß auch festgestellt werden, daß Frankreich, sonst im Falle Deutschland und Italien so antifaschistisch eingestellt, die spanischen Monarchisten und vor allem den spanischen Monarchen nach wie vor verhätschelt und dadurch in den konservativen Kreisen Spaniens die Meinung aufkommen läßt, das republikanische Frankreich sähe die Wiederaufrichtung der Monarchie in Spanien nicht ungern.

Die spanischen Generäle hatten ihren besten Kopf vorgeschickt. General Sanjurjo war wegen eines Konfliktes mit der sozialistischen Cortes-Abgeordneten des Grenzortes Badajoz seines Amtes als Führer der mächtigen Zivilgarde enthoben worden, um nur noch der Führer der spanischen Zollbeamten zu sein. Kläglich ist das Ergebnis seines Aufstandes, wenn man an die monatelange Vorbereitung denkt. Noch kläglicher aber ist es, daß jetzt viele sogar sonst vernünftige französische Zeitungen dafür eintreten, General Sanjurjo möge eine möglichst milde Strafe bekommen. „Paris-Midi" hat sogar einen Reporter extra zu den in Frankreich lebenden Verwandten des Generals entsandt, um diese zu fragen, ob sie es nicht für richtig halten, daß Sanjurjo fast straffrei ausgehe. Die liebe Familie hat dazu nicht nein gesagt. Dieses Liebäugeln französischer Blätter mit der spanischen Reaktion zeigt nur, wie krankhaft auch manches noch in der französischen Republik ist.

In den ersten Tagen der spanischen Republik verlangte die sozialistische Partei die Auflösung der vom Königtum neben dem Heer geschaffenen und glänzend besoldeten Zivilgarde. Angriffe des Volks auf die Zivilgardisten waren damals an der Tagesordnung. Der Aufstand von Sanjurjo ließ befürchten, seine frühere Truppe werde sich auf seine Seite stellen, um mit ihm gemeinsam die Republik zu bekämpfen. Noch nach der Niederwerfung des Aufstandes meinten verschiedene französische Blätter, die Haltung der Zivilgarde sei nach wie vor ein Rätsel. Die Ereignisse haben bewiesen, daß die spanische Republik verstand, selbst diese unsichere Garde, die manchen Grund hat, gegen die Republikaner Stellung zu nehmen, zu einer Truppe auszubilden, die wenigstens einstweilen der Republik die Treue hält.

Allerhand zweideutige und republikanische Elemente, die kurz nach Ausrufung der Republik in Spanien sogar an führende Stellen traten, sind, ganz wie Anfang 1918 in Deutschland, wie Eintagsfliegen bald wieder verschwunden, und geblieben sind an der Spitze der republikanischen Bewegung die Männer, die schon unter der Monarchie die republikanischen Gruppen führten. Auch in Spanien liegt die Stärke der Republik in der sozialistischen Partei, und der sozialistische Arbeiter hat in Spanien die Republik vor einem neuen reaktionären Verfall gerettet.

Kurt Lenz.

Sozialistische Arbeiter-Partei gegen Faschismus!

Arbeiter-Sport

Sportfest der Freien Turnerschaft

am 28. August 1932

Nach den bisher eingegangenen Meldungen ist bei den Mannschafts- sowie Einzelwettkämpfen äußerst guter Sport zu erwarten. Besonders bevorzugt sind naturgemäß wieder die verschiedenen Stafettenwettkämpfe, wird doch in diesem Jahr auch die Hauptstaffel des Straßenlaufs bei unserem Sportfest auf der Aschenbahn ausgetragen. Hier ist es für die Zuschauer von Vorteil, die einzelnen Phasen des Wettkampfes von Anfang bis zu Ende verfolgen zu können.

Programm

8,00 Uhr: Beginn der Mannschaftswettkämpfe.
9,30 Uhr: Einzelwettkämpfe — Vorkämpfe für Wurf- und Sprungübungen (Jugend, Sportlerinnen, Männer). Die 6 Besten jeder Uebungsart kommen Nachmittags zur Entscheidung.
10,20 Uhr: Vorläufe zu 100 Meter, 200 Meter und 400 Meter. Einzelwettkämpfe.
14,30 Uhr: Vorläufe zu 4 mal 100-Meter-Stafetten.
15,00 Uhr: Jugend 1000-Meter-Lauf. Männer 400 Meter, Weitsprung. — Entscheidung. Schüler und Schülerinnen: Pendelstafetten. Sportlerinnen: Medizinballweitwerfen.
15,30 Uhr: Männer, 3 mal 200-Meter-Stafette und Kugelstoßen Entscheidung. 100- und 200-Meter-Endläufe. Jugend: Weitsprung — Entscheidung. Sportlerinnen: kleine olympische Stafette und Hochsprung — Entscheidung.
16,00 Uhr: Jugend: olympische Stafette, Kugelstoßen und Speerwerfen — Entscheidung. Sportlerinnen: 1000-Meter-Lauf und Diskus — Entscheidung. Männer: 1500-Meter-Lauf und Weitsprung — Entscheidung.
16,30 Uhr: 4 mal 100-Meter-Stafetten. Stabhochspringen.
17,00 Uhr: Handball: Silesia-Kickers — F. T. Stabelwitz.
17,30 Uhr: Hauptlaufstafette des Straßenlaufs: 1000 Meter, 400 Mtr., 1000 Mtr., 400 Mtr. und 11 mal 200 Meter.
18,00 Uhr: 5000-Meter-Lauf.

Freie Schwimmer, Abt. Ost

beim Bezirksschwimmfest in Ober-Salzbrunn.

Bei zahlreicher Beteiligung der Brudervereine von Salzbrunn, Waldenburg, Schweidnitz, Freiburg und Dittersbach nahm das Bezirks-Schwimmfest bei interessantesten Kämpfen einen guten Verlauf. Die gezeigten Leistungen bewiesen, daß der Arbeiter-Schwimmsport auch in der Provinz gute Kräfte besitzt. Zur reibungslosen Abwicklung von Schwimmfesten fehlt jedoch den dortigen Genossen noch die nötige Routine, so daß noch sehr starke technische Mängel zu verzeichnen waren. Nachstehend einige **Resultate:**

Männer-Lagenstaffette 4×50 Meter: 1. Waldenburg 2:38,9, 2. Breslau-Ost 2:40,2, 3. Schweidnitz 2:52,6.

Männer-Kraulschwimmen 100 Meter: 1. Maidorn-Waldenburg 1:11,4. 2. Vogt-Breslau-Ost 1,18. 3. Bidoli-Waldenburg 1:18,2.

Männer-Brustschwimmen 200 Meter: 1. Schelmer-Freiburg 3:26,4. 2. Surauf W., Breslau-Ost 3:33,0. 3. Ulrich-Schweidnitz 3:43,2.

Männer-Seitenschwimmen 100 Meter: 1. Maidorn-Waldenburg 1:28,0. 2. Surauf W., Breslau-Ost 1:31,2. 3. Schelmer-Freiburg 1:34,4.

50-Meter-Brustschwimmen für Männer über 35 Jahre. 1. Oswald Martin, Breslau-Ost 51,2. 2. Willmann-Dittersbach 51,4. Sekunden.

Wasserballspiele: Waldenburg I — Breslau-Ost 2:4 (Halbzeit 1:1). Breslau-Ost — Salzbrunn 4:1 (Halbz. 2:0).

Aus dem 14. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Spielleute des 1. Bezirks. Sonntag, den 21. August, nachmittags ¼4 Uhr, spielen wir zur Frauenkundgebung im Poseidonbade. Bundeskleidung mitbringen. — Montag, den 22. August, abends 7 Uhr, Bezirksübungsstunde. Geübt werden Marsch 6 und 10.

Faustballkreismeisterschaft des 14. Kreises

Am 21. August steigen in Breslau im Ostpark die Endspiele um die schlesische Faustballmeisterschaft. Als Gegner haben sich folgende Bezirksverbandsmeister durchgespielt: Bezirksverband 1., 3., 5. Bezirk: 7. Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau. Im Bezirksverband 2., 10. Bezirk ist V.f.L.-Görlitz Meister geworden. Aus dem Bezirksverband 4., 7. Bezirk ist der vorjährige Meister Ludwigsdorf gemeldet. Im Spiel 6., 8. Bezirk ist Neusalz Meister. Die Spiele beginnen am Vormittag 10 Uhr. Die Eintrittspreise dazu sind: Erwerbstätige 30 Pf., Erwerbslose 15 Pf. Am Schluß der Spiele steigt ein Handballspiel Freie Turnerschaft Breslau gegen Bezirksvereine. Es sind dieselben Mannschaften, welche am „Rast" spielten. Folgende Spieler sind nominiert:

Turnermannschaft: Schönfeld (6. Abt.), Steiner (9. Abt.), Joppich (5. Abt.), Kindler (9. Abt.), Schubert (5. Abt.), Günzel (1. Abt.), Jüngling (9. Abt.), Pfeiffer (5. Abt.), Schönfeld (6. Abt.), Fietz (2. Abt.), Hain (1. Abt.). Als Ersatz: Jüttner (6. Abt.), Tschapp (5. Abt.), Kaschner (2. Abt.).

Sportlermannschaft: Winkler (Stabelwitz), Schwemmer (Sil.-Kick.), Schwerin (1925), Kuhndt (1925), Höhne (Südost), Haase (Sil.-Kick.), Erhardt (Stabelwitz), Urban (1897), Stürzel 1925. Den linken Läufer stellt Südost, den Tormann Stabelwitz. Als Ersatz: Schmidt (1925) und je ein Ersatzmann von Südost, Sil.-Kickers und 1897. Man beachte unter der Woche die Presse über die Vorschau der Mannschaft.

Ausschreibungen zu den leichtathletischen Wettkämpfen Alterstreffen des 1. Bezirks am 4. September in Oels

Männer, Jahrgang 1897—1901: Vierkampf, 100-Meter-Lauf, Kugelstoßen 7¼ Kilogramm, Schleuderballweitwurf und Hochsprung mit Anlauf.

Männer, Jahrgang 1892—1896: Vierkampf, 60-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen, Medizinballweitwurf aus dem Stand.

Männer, Jahrgang 1891 und älter: Vierkampf, 60-Meter-Lauf, Weitsprung aus dem Stand, Schleuderball- und Medizinballweitwurf.

Frauen, Jahrgang 1897—1901: Vierkampf, 60-Meter-Lauf, Kugelstoßen, 4 Kilogramm, Schleuderball, Weitsprung mit Anlauf.

Frauen, Jahrgang 1892—1896: Vierkampf, 60-Meter-Lauf, Weitsprung mit Ablauf, Ballweitwurf, Schleuderball.

Frauen, Jahrgang 1891 und älter: Vierkampf, 60-Meter-Lauf, Weitsprung aus dem Stand, Ballweitwurf aus dem Stand.

Männer: Stafette 4×100 Meter.

Frauen: Stafette 4×100 Meter und 10×60 Meter gemischte Pendelstafette. Je 5 Frauen und Männer eine Mannschaft. Teilnahmeberechtigt sind sämtliche Altersportler und -Sportlerinnen des 1. Bezirks. Die Meldungen müssen beim Alterstreffen in Oels bis 11 Uhr beim Bezirkssportwart, Genossen Rudolf, abgegeben werden. Die Wettkämpfe beginnen gegen 13 Uhr.

Freie Turnerschaft Breslau

Frauenabteilung. Die Eintrittskarten für die Sonntag-Werbeveranstaltung im Poseidonbad sind heute nachmittag bis 6 Uhr im Büro des Arbeiter-Sportkartells in Empfang zu nehmen.

Die Dampferfahrt ins Unterwasser veranstaltet von der 9. und 2. Männer-Abteilung findet wegen der am 21. 8. stattfindenden Schlußkundgebung der Frauen-Werbewoche sowie der Austragung der Faustballmeisterschaften und eines Auswahlhandballspiels erst am 4. 9. statt. Die bereits gelösten Karten haben ihre Gültigkeit. Teilnehmer aus befreundeten Abteilungen können sich noch melden. Meldeschluß 26. 8. Bis zu diesem Tage muß das Fahrgeld an die Fahrtleitung abgeführt werden. Später eingehende Meldungen können nur im Möglichkeitsfalle berücksichtigt werden. Für Dienstag, den 16. 8. bitten wir alle Bundesgen. der 9. Männer-Abteilung um 20 Uhr pünktlich in der Turnhalle zu sein. Wir müssen einige Neuregelungen treffen, die nur erfolgen können, wenn jeder zur Stelle ist. Donnerstag, den 18. 8.: Vollversammlung aller Funktionäre bei Rathmann, 19,30 Uhr.

7. Männer-Abteilung. Alters- und Männer-Turner: Freitag, den 19. August nach dem Turnen Zusammenkunft im Vereinslokal. Betr. Alterstreffen in Oels. Jugendturner: Sonnabend, den 20. August: Wichtige Jugendversammlung im Heim.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität"

Gau 8

Ortsgruppe Breslau. 17. September: **Kartoffel- und Heringspartie** nach Opperau. Näheres erfolgt noch durch Rundschreiben in den Abteilungen. **Abteilung Ohlauer Tor:** 16. August: Abteilungsabend bei Cichos, Klosterstraße 125. 18. August: Ausfahrt; Start 19.30 Uhr am Vereinslokal. **Abteilung Gräbschen.** 19. August: Ausfahrt; Start 16 Uhr am Vereinslokal. **Abteilung Nikolaitor.** 18. August: Ausfahrt; Start 18 Uhr am Striegauer Platz. **Abteilung Stadtmitte.** 18. August: Abteilungsabend bei Wende, Herrenstraße 7a. **Abteilung Odertor.** 18. August: Ausfahrt; Start 15 Uhr am Trebnitzer Platz. **Abteilung Scheitnig.** 16. August: Abteilungsabend bei Wolff, Hedwigstraße 15. 18. August: Ausfahrt; Start 18 Uhr an der Fürstenschule. **Abteilung Dürrgoy.** 16. Aug.: Abtlgs.-Abend bei Hoffmann, Schönstr. 21. 18. August: Ausfahrt; Start 19,30 Uhr am Vereinslokal. **Abteilung Rosenthal.** 19. August: Abteilungsabend bei Owietzko, Trachenberger Straße. **Jugendabteilung.** 15. August: Jugendvollversammlung im Heim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. 17. August: Ortsgruppenjugendausschußsitzung im Heim Mehlgasse 39. 17. August: Außenspiele im Stadion. 19. August: Brettspiele und Liederabend im Heim, Mehlgasse 39. **Kindergruppe.** 16. August kommt alles auf die Spielwiese, Brigittenthal. 18. August: Kinderversammlung im Heim, Mehlgasse 39. **Kraftfahrerabteilung.** 18. August: Abteilungsabend im Zentralballsaal, Westendstraße 50.

Sonntag, den 21. August, fahren wir unsere **Gauwanderfahrt**, durch das herrliche Schlesiertal. Die Ortsgruppen und Bezirke treffen sich in Reichenbach im „Gasthof zur Brauerei". Abfahrt der Kraftfahrer ist um 9,45 Uhr, anschließend die der Tretradfahrer. Wegen dem bergigen Gelände, nehmen wir unsere Banner und Sturmfahnen nicht mit. Sorgt für zahlreiche Beteiligung.

Athletik

Freie Sportvereinigung 1897. Donnerstag, den 18. August, 20,30 Uhr bei Klante, Hochstraße 7: Erweiterte Vorstandssitzung. Alle Abteilungsleiter müssen erscheinen.

Wasserstand

	16. 8.	15. 8.		16. 8.	15. 8.
Ratibor	1.37	1.52	Kantern (Unter-Pegel)	2.26	2.48
Neisse (Stadt)	— 0.67	— 0.66	Dyhernfurth	1.48	1.72
Neißemünd (Unt.-Pegel)	1.50	1.78	Durchflußmenge sekundl.	1.97	1.06
Brieg (Maschinenkran)	2.12	2.22	Fürstenberg vom 15. 8.	1.49	
Treschen	0.94	0.91	Wasserwärme + 22,0		

Konzerte · Theater · Vergnügungen

Sinfoniekonzert der Breslauer Philharmonie. Morgen Mittwoch, Anfang 20 Uhr, findet unter Leitung von Hermann Behr das vorletzte Südpark-Konzert statt. Aus dem Programm: Cherubini: Ouverture zu „Anakreon", Mendelssohn: Sinfonie in a-moll (schottische), Mozart: Orchestersuite aus „Les petits riens", Weber-Berlioz: Aufforderung zum Tanz.

Die billige Seereise nach Hamburg — Helgoland, veranstaltet von Reichsbahn und Hamburg-Amerika-Linie, findet vom 3. bis 8. September statt. Alle schlesischen Fahrkarten-Ausgabe- (Stationen) sowie alle Vertretungen von Hapag und Lloyd geben kostenfrei illustrierte Prospekte ab und nehmen Bestellungen an.

Amtlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Im Bereich der absinkenden subtropischen Warmluftmassen herrscht über Mitteleuropa vielfach hochsommerliche Hitze. Die Temperaturen steigen teilweise bis 35 Grad an. Die Gewitterneigung nimmt allmählich weiter zu, doch kommt es vorläufig nur zu örtlichen Gewittern, denen nicht sofort merkliche Abkühlung folgt.

Aussichten für das schlesische Flachland, Mittel- und Hochgebirge:

Bei schwacher Luftbewegung noch ziemlich heiter, örtliche Gewitter, zunächst noch heiß.

Sonnenaufgang 4,44 Uhr. Sonnenuntergang 19,24 Uhr.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

6. Ziehungstag — 15. August 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 180134 252309
18 Gewinne zu 5000 M. 59915 64814 90619 107320 163798 189515 212694 270882
18 Gewinne zu 3000 M. 54089 121156 139123 203464 229238 266376 345808 383508 393266
60 Gewinne zu 2000 M. 4150 19841 39160 50308 77526 82465 111186 115273 153997 159009 159326 178461 192034 201425 235221 238649 240404 273225 290873 292694 310971 314067 319586 347683 355663 360122 361104 373751 393726 399907
116 Gewinne zu 1000 M. 173 24631 26188 30211 35785 41271 44208 50046 51191 51762 56332 58483 68923 70846 105772 116188 123198 129270 130342 131704 131818 137452 139183 142093 149472 149676 160871 164416 177691 186432 217740 226929 230686 234838 236432 236041 237892 247296 248703 264441 265696 269990 292205 294903 302768 320019 323879 326105 334014 344813 362706 363433 364242 372437 373813 383323 392480 398574

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 237032
8 Gewinne zu 5000 M. 63403 170705 312378 370401
20 Gewinne zu 3000 M. 20387 49131 152776 158887 174771 193239 216881 268336 323479 326551
70 Gewinne zu 2000 M. 16736 18644 22980 39722 59729 63427 74097 79977 82789 109056 113201 126557 132460 135811 137329 148497 151935 177028 177411 185669 189416 260708 265496 267192 279976 306386 309327 314508 350008 362585 369736 376220 377417 385375 387005
100 Gewinne zu 1000 M. 20024 20997 25526 25969 32320 40869 43327 58390 90211 91948 128399 131970 144703 145409 166537 179281 184902 189667 197077 198109 200684 202051 210267 212250 213875 215838 216779 220750 223951 237823 238105 238954 250075 265469 282065 291138 298092 302171 330272 333839 350663 350698 354480 360457 366152 374259 375732 379431 391850 394238

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 100 Schlußprämien zu je 3000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 100000, 6 zu je 75000, 8 zu je 50000, 24 zu je 25000, 158 zu je 10000, 868 zu je 5000, 804 zu je 3000, 2366 zu je 2000, 4656 zu je 1000, 7768 zu je 500, 23378 zu je 400 Mark.

Diesmal! Losprei kolossal ermäßigt!
Nur 1 RM (früher 3,30 RM) auf spez. Wunsch einiger hundert treuer Spieler der Roten Kreuz-Geld-Lotterie den heutigen Verhältnissen angepaßt
Ziehung 19. bis 22. August 1932
Rote Kreuz Geld-Lotterie
alles bar Geld ohne Abzug!
11534 Gewinne und 1 Prämie
im Gesamtbetr. von RM 90000
Höchstgew. 40000
1 Hauptgew. 30000
1 Prämie 10000
1 Hauptgewinn 5000
Lose zu 1 RM
empfiehlt zu empfehlen
Glücksbriefe 5 Lose versandt 5 RM | 10 Lose versandt 10 RM
Porto und Liste 30 Pf. / Versand auch gegen Nachnahme
Lotteriebank Arndt BRESLAU 5 Glücksecke (gegenüber Warenhaus)
Postscheckkonto Breslau 67465

WAPPENHOF
4,45 Uhr Heute 8,30 Uhr
Das neue August-Programm
Georg Krönlein
Vortragskünstler und Conferencier
Danloos Comp. in ihren Tiroler Heimatspielen
2 Heberlis, Parterre-Blitz-Akrobaten | Herrgä Maria Peer, Lieder- u. Schlagersängerin | Madame Capova mit ihren Kleinpuppen | 3 Walters, Tanzpodisten | The Two Butterflies, musikalischer Luftakt | Rosita Kramer, eigene Tanzschöpfungen | Mory und Gyboy, internationale musikalisch-akrobatische Attraktion | Wappenhofkapelle
Nachmittags 25 Pf., abends 50 Pf. einschl. Ball

Hier kauft die Arbeiter-, Angestellten- u. Beamtenschaft in Ot.-Liste
Lebensmittel, Parfüm, Blumen, Leder, Farben, Lacke, Tapeten sowie sämtliche Maler- u. Tischler-Bedarfsartikel
Kaufen Sie vorteilhaft nur beim Fachmann
Rudolf Kaschar Burgleinstraße 1a (früher Kirchstraße)
Bäckerei und Konditorei
Richard Scholz
Bietet das gute Brot
feine Kuchen und Kaffeegebäck

Die letzten sonnigen Tage kommen
Darum wandere!
Bald kommt der Herbst,
bald ist Winter.
Jetzt wärmt die Sonne noch,
nütze die wenigen schönen Tage,
die letzten bis zum nächsten Frühjahr.
Laß dich von unserm Reise- u. Wanderführer beraten:
450 Seiten, illustriert, RM 2,—
Es gibt keinen anderen so vielseitigen, so billigen, so interessanten und so nützlichen Reiseführer.
Du solltest ihn dir beschaffen, er hilft dir sparen!
Dietz' Arbeiter-Reise- und Wanderführer
beschreibt viele Fuß- und Radtouren, Städtebesuche, Gebirgswanderungen, Wildwasser- und Flußfahrten im Faltboot, Zeltbau, Wetterkunde, mit Reisekochbuch, Photoanleitung und Adressenmaterial
J.H.W. Dietz Nachf., G.m.b.H., Berlin SW 68
Zu beziehen durch unsere Buchhandlung u. die Zeitungsträger

Buchhandlung Volkswacht

Zurückgekehrt
Dr. Peter Pogrzeba
Gräbschen, Schweidnitzer 6
Tel. 84682

Die kleine Anzeige
die Du aufgeben mußt, wenn Du mieten, verkaufen und lernen willst, gehört in Deine Zeitung
in die Volkswacht!
Dort ist sie billiger als in der bürgerlichen Presse und bringt Dir
bestimmt Erfolg!

Verkäufe
Gebrauchtes, poliertes Schlafzimmer spottbillig zu verkaufen.
S. Brandt & Co. Gartenstraße 85, I. (neben Capitol)

Mietgesuche
Wohnungstausch
Biete: 1 gr. 2fenstr. Zimmer, gr. helle Küche, Entree Pirsch. 24, Hinterh. III r.
Suche: 1 Zimmer mit Entree Gegend Scheitnig.

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Sakowitz, [illegible] Anzeigen: Max Sachse, [illegible], Hünchenstraße 9. — Druck [illegible], Gartenstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten

Hausmusik

Man könnte eigentlich sagen, Hofmusik; da aber die umherziehenden Debütanten auch etagenweise in den Häusern ihr Gastspiel geben, so sollte man sie lieber Haus- und Hofmusiker nennen.

Leider scheint sich auch dieses gewiß nicht angenehme Gewerbe fortschreitend zu überfüllen. Traurigerweise gibt es sehr viel Menschen, die sich dieser „Freiwilligen Arbeitsdienstpflicht" fügen müssen, um nicht zu verhungern. Da sind zunächst die Sonn- und Feiertagskünstler. Es sind meistenteils junge Burschen, mit dem einzigen guten Anzug bekleidet, den sie noch ihr eigen nennen. Die Wohlfahrtsunterstützung, falls sie überhaupt noch welche bekommen, reicht gerade für Kost und Logis oder als eine Beihilfe für die Eltern, soweit sie welche besitzen. Und Sonntag will man doch als junger Bursche sich auch eine kleine Freude gönnen. Vor allen Dingen, wenn die Eltern von der Jugendzeit plauderten, wo es noch Arbeit in Hülle und Fülle gab; so suchen sie einen kleinen Schein von der Jugendzeit ihrer Eltern zu erhaschen. Um diesen Schein zu finden, müssen sie eben spielen, von Liebe und Wein, der ein Stück vom Himmel sein soll, und anderen von ihnen entbehrten Dingen.

Eine andere Kategorie sind die von Frauen oder Mädchen geführten Blinden. Trauriges Mißgeschick diesem Doppelelend verfallen zu sein, das von der Sonne belichtete Weltenpanorama nicht schauen zu dürfen. Sie schleppen sich so tagaus, tagein durchs Leben, auf die Barmherzigkeit der Mitmenschen angewiesen. Keine liebevollen Blicke sehen sie, keine tröstenden Worte hören sie; nur das dumpfe Aufklatschen der eingepackten Kupfermünzen zwingt sie, zu einem mechanischen bedeutungsvollen Kopfnicken. Nicht nur den Dank veranschaulicht dies Nicken, sondern auch das stille Schluchzen eines geplagten Herzens, was bei jedem hörbaren Fall zusammenzuckt, bis es einmal ein hartes Leben vollendend stillstehen wird.

Die dritte Kategorie kennzeichnet diese traurige Begebenheit:

In unser Haus kam alle 14 Tage eine Witwe mittleren Alters. Der Mann war nach Ende des Krieges an einer schweren Krankheit gestorben. So stand sie allein mit ihren beiden Knaben, welche Ostern die Schule verlassen sollten. Was nun? Sie ging in die Häuser singen, und schlug sich so durchs Leben. Einen Teil des Unterhalts sparte sie zusammen, für die beiden Knaben. Falls diese keine Arbeit haben sollten, so sollten sie Musikinstrumente haben, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Doch der Tod hatte Erbarmen mit ihr, und zog sie fort aus ihrem Sorgenbereich.

Sie hatte den Mitmenschen das Leben durch Gesang verschönt; doch an ihrem einsamen Grabe sang man kein Lied.

Bei 30 Grad Hitze

erinnert die Polizei an das Badeverbot im Liegehafen

In einer amtlichen Mitteilung weist der Polizeipräsident darauf hin, daß durch eine Polizeiverordnung des Oberpräsidenten vom 7. Juli 1932 das Baden im Oswitzer Liegehafen verboten ist und das Uebertreten dieser Verordnung nunmehr mit Strafverfolgung zu rechnen haben. Angeblich, um Weiterungen für die badende Bevölkerung zu vermeiden, erfolgt dieser Hinweis nochmals.

Es scheint doch Amtsstuben zu geben, in denen man keine größeren Sorgen hat, als bei 30 Grad Hitze an Badeverbote zu erinnern. Das neue „prachtvolle" System scheint sich also allmählich zu verwirklichen.

Heute wird das Baden im Liegehafen verboten, wer weiß, was in der nächsten Zeit in dieser Beziehung noch folgt. Sicher ist die Zeit nicht mehr fern, in der es nur noch gestattet werden wird, in Gummisäcke eingepackt, ins Wasser zu springen. Das hat verschiedene Vorteile. Die Badenden weden nicht naß und fürs andere wird die Sittlichkeit gerettet.

Nationalsozialistische Verbrechermoral

Dem Genossen Kukielczynski hat man in diesen Tagen von nationalsozialistischer Seite ein Paket zugeschickt, in dem ein abgeschnittener Puppenkopf mit einem besudelten Verband umhüllt, vorhanden war. Außerdem befand sich in diesem Paket eine Hakenkreuzfahne aus Papier und ein Brief mit nachstehendem Inhalt:

Breslau, 2. August 1932.

S. H. (??)

Herrn Kukielczynski,

Breslau
Herdainstr. 58

Ach wie sind wir so froh,
und wie konnten wir uns freun!
Daß grad die SPD. uns mithalf
den Kukielczynski zu verbleun.

Heil Hitler!

Dieses Paket ist wahrscheinlich von den nationalsozialistischen Tätern dem Genossen K. zugeschickt worden, die ihn kurz vor dem Wahltage überfallen hatten.

Es dürfte notwendig sein, daß sich der Staatsanwalt genau mit dieser Verlumpung der nationalsozialistischen Täter beschäftigt. Aus diesem Vorgange ist, ähnlich wie aus anderen Fällen, zu ersehen, wie weit die Moral der sogenannten bürgerlichen Kreise in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei gesunken ist, die schon weit unter die des Lumpenproletariats gesunken ist.

Nicht mehr Gürtelbahn, sondern —

Wissen Sie schon, daß unsere alte Gürtelbahn nicht mehr, nein auch nicht wegen ihres Tempos, Gürtelschleiche heißen soll, sondern — — Papenring????

Nunja, sie hat keine Anhänger und macht einen großen Bogen um das Zentrum.

Mit dem Kopf gegen einen Eisenmast gerannt

Gestern abend gegen 22 Uhr ging ein Mann über den Sonnenplatz, der schwer über einem kleinen Affen zu tragen hatte. In dieser Stimmung stieß er mit dem Kopfe plötzlich derart gegen einen Eisenmast, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt, besinnungslos zusammenbrach und mit einem herbeigerufenen Krankenwagen in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

„Mord" ohne Leiche

Breslauer Kriminalpolizei ist um die Aufklärung eines Mordes bemüht, dessen sich ein Sachwitzer Einwohner selbst bezichtigt — Es scheint sich allerdings um einen Geisteskranken zu handeln

Beim Amtsvorsteher in Sachwitz bei Tinz erschien im Laufe des Sonntages der im Orte wohnende 29jährige Kaufmann Hans Werner Jakob und gab an, ein Breslauer Mädchen namens Erna Pfeiffer ermordet zu haben.

Die von dem eigenartigen Geständnis sofort in Kenntnis gesetzte Breslauer Mordkommission begab sich noch am Sonntag abend nach Sachwitz und vernahm den sich selbst bezichtigenden Kaufmann. Er erzählte, daß er mit dem Mädchen ein Verhältnis hatte, das nicht ohne Folge geblieben wäre. Am Sonnabend wäre das Mädchen wieder zu Besuch gekommen und habe, da es seit drei Monaten schwanger ist, Geld von ihm gefordert, andernfalls es drohte, sich an den Vater des Jakob zu wenden. Er sei dann mit seiner Freundin nach Krieblowitz gefahren, sei in den Abendstunden mit ihr im Walde spazieren gegangen und dabei sei es zur Fortsetzung der Aussprache gekommen, die die Formen eines Streites annahm. Er habe sich dann im Affekt auf das Mädchen gestürzt, es gewürgt, bis es tot gewesen sei. Die Leiche habe er dann unter Tannenreisig verscharrt.

Die Beamten der Mordkommission begaben sich nach diesem Geständnis noch in den Abendstunden des Sonntags in Begleitung des Jakob an die angebliche Tatstelle, um die Leiche zu suchen. Mehrstündige Bemühungen blieben jedoch ohne Erfolg und schließlich erklärte der während der Sucharbeiten anwesende Jakob, daß er die Leiche in den nahen Teich geworfen habe. Daraufhin wurde auch die ganze Nacht hindurch in dem Teiche gesucht, ohne daß es gelang, die Leiche zu finden. In den Morgenstunden des Montags erklärte dann Jakob, daß seine Angaben **überhaupt nicht wahr seien.**

Jakob wurde dann nach Breslau gebracht und die Polizei bemüht sich zurzeit, festzustellen, wo sich Jakob in der Zeit von Sonnabend bis Sonntag aufgehalten hat. Die Nachforschungen haben sich auch auf die Vernehmung der geschiedenen Ehefrau des Jakob erstreckt, die angegeben hat, daß ihr früherer Mann nervenkrank sei und schon mehrfach in Sanatorien war.

Die angeblich ermordete Freundin Erna Pfeiffer, die aus Breslau stammen soll, ist hier polizeilich nicht gemeldet, so daß Nachforschungen in dieser Richtung nicht angestellt werden können.

* * *

Wie wir noch erfahren, hat die Kriminalpolizei inzwischen ein Mädchen namens Pfeiffer ausfindig machen können, das allerdings auf einen anderen Vornamen hört. Dieses Mädchen ist aber in Breslau anwesend und hat keinerlei Beziehungen zu dem Selbstbezichtiger Jakob. In den Kreisen der Mordkommission hält man es nach dem bisherigen Ergebnis der Nachforschungen für möglich, daß Jakob überhaupt keinen Mord begangen hat, sondern daß seine Selbstanzeige und Bezichtigung mit einem Nervenleiden in Zusammenhang gebracht werden kann. Jakob wird wahrscheinlich im Laufe des heutigen Tages noch ärztlichen Gutachtern vorgeführt werden, um festzustellen, wieweit die Vermutungen, daß es sich um einen Nervenkranken handelt, zutreffend sind.

Ein Greis als Sittlichkeitsverbrecher

Unter der Anklage des fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens hatte sich vor der Großen Ferienstrafkammer der 72 Jahre alte Altersrentner Friedrich Kleinert aus Winzig zu verantworten. Die unter Ausschluß geführte Verhandlung ergab, daß er sich an mehreren kleinen Mädchen unsittlich vergangen hatte. Der Strafantrag des Staatsanwalts lautete auf 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

Um 8,20 Mark

In einer der letzten Nächte wurde ein Kellner aus der Feldstraße, als er seine Arbeitsstelle verlassen hatte, in der Nähe des Ritterplatzes angefallen, niedergeschlagen, schwer mißhandelt und seiner Barschaft in Höhe von 8,20 Mark beraubt. Die Polizei konnte zwei Arbeiter als die Täter ermitteln und festnehmen. Da sie geständig sind, wurden sie dem Amtsgericht zugeführt.

Kurze Freiheit

Kürzlich wurde berichtet, daß aus der Arbeitsstätte Pohlanowitz des Strafgefängnisses der Arbeiter Rudolf Fronzke während der Außenarbeit getürmt ist. Er wurde gestern in der Nikolaistraße beobachtet und konnte von der verständigten Polizei gleich wieder festgenommen werden. Da er wieder Einbrecherwerkzeuge bei sich hatte, wird vermutet, daß er bereits wieder Einbrüche verübt hat.

Einbrüche

Am Sonnabend sind Einbrecher in ein Büro im Hinterhaus des Grundstückes Teichstraße 7 eingebrochen und erbeuteten neben 180 Mark Bargeld auch einige Invalidenversicherungsmarken.

Größer war die Beute, die die Einbrecher am Sonntag nachmittag machten, als sie in eine Wohnung im Hause Klosterstraße 125 einbrachen. Hier fiel ihnen eine Kassette mit 900 Mark Bargeld in die Hände.

Beim Baden ertrunken

Gestern abend wurden am Teich der Erholungsstätte der Krankenkassen in Zimpel verschiedene Bekleidungsstücke gefunden, die die Vermutung aufkommen ließen, daß ein Besucher der Erholungsstätte unbemerkt beim Baden ertrunken ist. Die herbeigerufene Feuerwehr suchte den Teich ab, doch wurde nichts gefunden, was die Vermutung bestätigt hätte. Bei den gefundenen Sachen handelt es sich um eine dunkle, lange Hose, ein weißes, gestreiftes Hemd, ein Paar Socken und ein Paar schwarze Halbschuhe. Die Sachen können bei der Kriminalpolizei besichtigt werden.

Gelandete Leichen

Wie gestern gemeldet wurde, war am Sonntag an der Rosenthaler Brücke die Leiche einer unbekannten Frau aus der Oder gelandet worden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß es sich um die 53jährige Ehefrau Anna K. aus der Elbingstraße handelt, die infolge eines Nervenleidens Selbstmord verübt hat.

Weiter ist auch die Leiche des vor einigen Tagen in der Nähe von Ransern beim Baden ertrunkenen 20jährigen Arbeiters Herbert B. aus der Frankfurter Straße 73 gelandet.

Opfer der Oder

An der Pumpstation unweit der Schießstände ist gestern nachmittag, gegen 16 Uhr die 23jährige Ehefrau Hedwig B. aus dem Obdachlosenheim Magazinstraße beim Baden in der Oder plötzlich untergegangen und ertrunken. Trotz eifriger Bemühungen der herbeigerufenen Feuerwehr ist es nicht möglich gewesen, die Ertrunkene zu bergen.

Prozesse um das tägliche Brot

Eine nervöse Hausfrau

Um sich für den Haushalt billige Arbeitskräfte zu besorgen, halten begüterte Hausfrauen heute auf dem Lande Umschau, da sie hoffen, die ländlichen Kräfte ihrer Unaufgeklärtheit wegen besser ausnutzen zu können. Diesem Wunsche kommt die Not vieler ländlicher Arbeiterfamilien entgegen, die froh sind, um einen Esser loszuwerden, ihre Kinder, wenn auch für billiges Geld, in der Stadt unterbringen zu können.

So mag es auch bei dem Arbeiter M. aus Raitwitz gewesen sein, der jetzt nur noch eine wöchentliche Wohlfahrtsunterstützung von 4,50 Mark bekommt. Auch er war froh, als er am 1. Mai seine 16jährige Tochter bei dem Breslauer Weinhändler Helfgott mit dem fürstlichen Lohne von 12 Mark im Monat untergebracht hatte. Lange dauerte indes das Arbeitsverhältnis nicht. Frl. M. hatte sich Ende Mai in die Hand geschnitten und sollte nun, trotzdem der Arzt ihr jegliche Arbeit verboten hatte, Fenster putzen. Als sie sich erklärlicherweise weigerte, **spuckte Frau Helfgott vor ihr aus** und erbot sich gleich, **ihr die Sachen durchs Fenster nachzuwerfen.** Das völlig verängstigte und eingeschüchterte Mädchen nahm nun am Nachmittag des 31. Mai ihre Sachen uneingepackt unter den Arm und lief zu Bekannten, die sie dann nach Hause beförderten. Jetzt klagte sie nun vor dem Arbeitsgericht auf Innehaltung einer Kündigungsfrist.

Die Verhandlung gestaltete sich sehr abwechselungsreich, da Frau H. durch dauerndes, lautes Dazwischenreden zu stören versuchte, und darum vom Vorsitzenden mehrmals verwarnt werden mußte. Auch Herr Helfgott, der der deutschen Sprache nicht ganz mächtig ist, gab mancherlei Grund zur Erheiterung. Er erklärte sich jedoch für eine Weiterbeschäftigung der M. bereit. Frl. M. lehnte dieses Angebot aber ab, da sie begreiflicherweise keine Lust hatte, bei einer derartigen „liebevollen" Behandlung sich weiter ausbeuten zu lassen.

Ein gerichtlicher Vorschlag, auf dem Vergleichswege zwölf Mark als Entschädigung und als Abgeltung sämtlicher gegenseitiger Ansprüche zu zahlen, wurde schließlich angenommen. Nach Verhandlungsschluß entschuldigte sich Herr Helfgott noch beim Vorsitzenden für das störende Benehmen seiner Frau, da diese doch — — — so „nervös" wäre.

Ein Förderer der Wochenpresse

war in einem ganz besonderen Sinne der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Tietze, der sich zwecks besserer Karriere einstmals von der Deutschen Volkspartei bis zum freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten „entwickelte", hier aber wegen Beitragsresten schon vor geraumer Zeit ausgeschlossen werden mußte.

Als nämlich **der Kampf gegen die Breslauer Skandalpresse** begann, der bekanntlich von einem überparteilichen Ausschuß gefördert wird, und das Landesjugendamt gegen mehrere dieser Schmutzblätter das Verfahren nach dem Schmutz- und Schundgesetz einleitete, versuchte man sich von interessierter Seite dagegen zu schützen. Wie unseren Lesern erinnerlich, wurden damals die Blätter „Der Greifer", die „Freiheit" und die „Freie Meinung" auf die Verbotsliste gesetzt, was bedeutete, daß sie nicht mehr öffentlich verkauft werden durften. Frau Fleischmann, die geschäftstüchtige Herausgeberin der „Freien Meinung", versuchte zwar ein anderes Blatt gleicher Art herauszugeben. Aber auch dies verfiel dem gleichen Verbot und ohne öffentliche Anpreisung sind diese Presseerzeugnisse nun mal unverkäuflich, Frau Fleischmann versuchte es daher nunmehr anders herum, nämlich **über die Hintertreppe des Landeshauses.** Durch Vermittlung des Versicherungsagenten Kempe, der nebenbei Vorsitzender des „Wirtschaftsbundes des jüdischen Mittelstandes" ist, dem Frau Fleischmann auch angehört, und der früher einen Juwelierladen am Landeshaus betrieb, wurde sie an einen Herrn Tietze verwiesen, der seit 1928 im Landeshaus beschäftigt und im Juli 1930 zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden war. Anfangs sollte T. die Frau Fleischmann nur an einen der zuständigen Landesräte Dr. Friedrich oder Dr. Alter weiter verweisen. Aber als der offizielle Vitigang bei Dr. Alter erfolglos war, bediente sie sich des Tietze, um auf Umwegen zum Ziele zu kommen. T. ging auch zunächst auf die Wünsche der Frau F. ein, weil er, wie er später vor dem Arbeitsgericht aussagte, „vor ihr Angst gehabt hätte". Nach mehreren telephonischen Gesprächen traf sich Herr T. mit Frau F. sogar im „Orwi", wo er sie aber mit dem Bemerken, daß er nichts für sie tun könne, abgewimmelt haben will. T. leugnet überhaupt ein großes Interesse an verschiedenen Breslauer Gaststätten besessen zu haben, da er sich wiederholt mit seinem Freunde Kempe in verschiedenen Cafés traf. Wogegen an sich natürlich nichts einzuwenden wäre, wenn nicht merkwürdigerweise die „Wirtschaftsbündler", auch ein Baron Saurma (!), aus Kohlo, Kr. Ohlau, oder der Ingenieur Bohne zugegen gewesen wäre. Herr Bohne war ein Mittelsmann von Frau Fleischmann. Auch nicht nur mit Herrn Bohne

Donnerstag, den 18. August

Wichtige

Mitgliederversammlung

der Partei

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Appell an die Angehörigen der Eisernen Front

Sonntag, den 21. August, ab 16 Uhr — Sommerfest anläßlich des Verfassungstages

im **Wappenhof** und **Henkner's Festsälen:**

Garten-Konzert — Kinder- und Volksbelustigungen — Tombola — Brillant-Fronten-Feuerwerk

Eintritt 20 Pf., Kinder frei

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold / Ortsverein Groß-Breslau

und Frau Fleischmann war Herr T. befreundet; zu seinem Intimus gehörte auch der sattsam bekannte Herausgeber des verbotenen „Greifers", ein Herr Kunde, den er angeblich einmal im VfB. kennengelernt haben will. Auch mit dem Redakteur Heimann von der „Freiheit" und dem Wochenblattakquisiteur Manfred Löwy war er eng befreundet. Was Wunder, wenn diese Herren ihren „Freund aus dem Landeshause" nach ihrer Art in Anspruch zu nehmen versuchten. Diese Freundschaft soll sogar so weit gegangen sein, daß Herr T. dem Herrn Löwy wichtige Geheimakten, die sich mit den Verboten der Wochenzeitungen beschäftigten, aushändigte.

Dies alles kam aber erst ans Tageslicht, als Anfang Februar die „Freiheit" dem damaligen Oberpräsidenten Lüdemann mitteilte, daß Herr T. angeblich von Herrn Kunde 500 Mark Schmiergelder erhalten haben sollte und deswegen ein Disziplinarverfahren einzuleiten sei. Da gegen T. schon der Verdacht bestand, daß er an einem Artikel über angebliche „Mißstände im Landeshaus", der in einer der letzten Ausgaben der „Freien Meinung" erschienen war, nicht ganz unbeteiligt war, wurde er ungeachtet seiner Stellung als Betriebsratsvorsitzender und ohne Befragung der Betriebsvertretung fristlos entlassen. Außerdem wurden eine ganze Reihe von strafrechtlichen Verfahren gegen T. eingeleitet, von denen einige inzwischen eingestellt wurden, einige noch unerledigt sind.

T. klagte nun vor dem Arbeitsgericht auf Fortzahlung des Gehalts bis Ende Juli und Weiterbeschäftigung. Er spielte vor Gericht den Unschuldigen und bestritt, die Liste der Ausschußmitglieder und die Geheimakten weggeben zu haben; auch die Schweigepflicht will er nicht verletzt haben. Demgegenüber stand aber die eidliche Aussage von Frau Fleischmann, mit T. mehrmals telephonisch verhandelt und sich auch getroffen zu haben.

Das Arbeitsgericht **wies die Klage daher ab** und erklärte in der Urteilsbegründung, daß man als Behördenangestellter in und außer Dienst doppelt vorsichtig in seinen Handlungen sein müsse. Darüber hinaus war T. aber noch Betriebsratsvorsitzender, hatte also eine besondere Vertrauensstellung inne. Schon in dieser Eigenschaft hätte er nicht derartig fahrlässig handeln dürfen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167 – 170
Telefon Nummern 59060 — 59061
Geöffnet außer Sonnabend von 9—1 und 4—7 Uhr

Distrikt 26, 27, 28, 29 35, 31, 32, 33, 37 und 49. Alle Genossen, welche im Besitz eines Fahrrades sind, treffen sich am Mittwoch, den 17. 8., 19½ Uhr, bei Görlich, Marlastraße.

Gruppe junger Sozialdemokraten

Am Mittwoch pünktlich 20 Uhr findet im Zimmer 143 des Gewerkschaftshauses unser Liederabend statt. Texte vorhanden.

Junge Front

Sprechchor. Morgen, Mittwoch, treffen wir uns alle um 20 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus. Wir haben eine sehr wichtige Probe.

Sozialistische Arbeiterjugend

Alle Burschen sind heut abend 20 Uhr Augustaschule, Augustastraße 28, zu wichtigem Uebungsabend. Wer unentschuldigt fehlt, scheidet aus.

Alle Mitglieder gehen morgen abend ins Gewerkschaftshaus zur Probe. Pünktlich 20 Uhr.

Alle Burschen: Heute, 20 Uhr, Augustastraße Antreten. Pflichtkleidung.

Kassierer: Die Heime 2, 4, 5, 7, 8 und 9 müssen heute bestimmt abrechnen.

Heim 6. Die Burschen treten heute 19,30 Uhr am Boberplatz (Zeitungsstand) an.

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Ortsausschuß Breslau

Achtung! Sammler und Sammlerinnen Abteilung Zimpel-Bischofswalde! Die Abrechnung der Straßensammlung findet heut abend um 19½ Uhr bei Wittke, Zimpeler Straße, statt.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Metallarbeiterjugend. Dienstag, den 16. August: Heim 1 (GW.) „Deutschland, Italien, Rußland" (Bochynek). Heim 2 (Friedrich-Wilhelm-Straße 45) Abenteuer des Schienenstranges (Kaschner). Heim 3 (Seydlitz- Ecke Hohenzollernstraße). Mondnacht auf der Alster (Abendwanderung).

Baugewerksjugend. Mittwoch, 17. August: Rückblick auf den Wahlausgang.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abteilung 8 (Zimpel-Bischofswalde). Dienstag, Nestfalken: Spiele. Donnerstag, Rot- und Jungfalken: Falkenvollversammlung. Freitag, Jungfalken: Lieder und Tänze.

Abteilung 11 (Pöpelwitz). Mittwoch Jungfalken Außenspiele, Probe bei schlechtem Wetter im Heim. Donnerstag Nestfalken 1 und 2 Probe und Geschichtenvorlesen 17 bis 19 im Heim. Freitag Rotfalken Außenspiele, Probe bei schlechtem Wetter im Heim.

Monistische Jugend

Zentralheim Grünstraße 14/16. 1/20 Uhr Frageabend. Leitung Genosse Dr. Kramer. Heut 19 Uhr alle Sprechchorteilnehmer zur sehr wichtigen Sprechchorprobe im Heim.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Nord. Heut, 20 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre in der Fürstenschule.

Abteilung West (Schufo und Stofo). Donnerstag, 19,30 Uhr, Pflichtantreten in der Anderssenturnhalle in Zivil. Die Spielleute erscheinen gleichfalls ohne Instrumente.

Volksmusik. Heut, 20 Uhr, üben wir.

Banner 9 (Bebel). Freitag, den 19. 8., 20 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße, Pflichtversammlung aller Kameraden.

Jungbanner Süd (Frank). Morgen, 20 Uhr, Heimabend in der Vorschule.

Vortrupp Süd: Heute Heimabend mit Kamerad Stalz.

Schülergruppe Süd. Heut, 17,30 Uhr, eröffnen wir in der Reichschule unsere Schülergruppe.

Vortrupp Ost. Heut, 20 Uhr, Bastelabend mit Kamerad Wagner.

Schülergruppe Ost. Heute, 18 Uhr, Lichtbildervortrag im Heim.

Spielgruppe. Wir sind heut restlos zur Probe im Büro um 20 Uhr.

Distriktsversammlungen

Thema: Nach der Reichstagswahlschlacht

Am Dienstag, dem 16. August

Abteilung Zimpel, Distrikte 42, 50: Wittke, Zimpel. Redner: Lehmann.
Distrikt 18: Hanke, Leuthenstraße 34 36. Redn.: Lippmann.
„ 44: Redner anwesend.

Am Mittwoch, dem 17. August

„ 8: Kipke-Ausschank, Frankfurter Str. 71. Redner: Beer.

Holzarbeiter-Verband Breslau

Heut abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Liebe Jungens und Mädels!

Die gegenwärtige politische Lage, die sich heute mehr denn je in den Schulen auswirkt, erfordert den Zusammenschluß aller sozialistisch und freiheitlich gesinnten Schüler. Täglich werdet ihr von den nationalsozialistischen Schülern aufgereizt, ohne, daß ihr dagegen Stellung nehmen könntet. Ihr wißt vielfach nicht, welche Lehrer Republikaner sind, an die ihr euch wenden könntet, damit sie dem unsinnigen politischen Treiben der nationalsozialistischen Schüler Einhalt gebieten könnten. Dieser Gefahr sind wir entgegengetreten und haben die „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler" ins Leben gerufen. Die Breslauer „Sozialistische Studentenschaft" hat dieser Arbeitsgemeinschaft ihre volle Hilfsbereitschaft zugesagt. Gemeinsam arbeiten also sozialistische Studenten und Schüler an dem Zusammenschluß aller freiheitlich und sozialistisch gesinnten Schüler. Die „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler" will euch aber nicht nur weltanschaulich schulen, sondern sie will auch ein kameradschaftliches Band um euch und eure Gesinnungsfreunde schlagen. In eurer Schularbeit sollt ihr nicht gehindert werden — im Gegenteil — die sozialistischen Studenten werden euch, soweit es erforderlich, darin fördernd zur Seite stehen.

Unsere nächste Veranstaltung ist am Mittwoch, dem 17. August, 19 Uhr, Paradiesstraße 17.

Silberhochzeit

feiert heute der Maurer Johann Wasner, Ottostraße 1, und seine Ehefrau Elfriede, geb. Hannschek. W. ist langjähriges Parteimitglied und Volkswachtleser. Am gleichen Tage feiert ihr Sohn, Genosse Fritz Wasner, das Fest der grünen Hochzeit. Wir gratulieren!

Feuerwehr gegen Hornissen

Gestern, kurz nach 8 Uhr, wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach Eichenallee 13/15 gerufen. Im Garten des Grundstückes hatte sich ein Hornissenschwarm festgesetzt, der die Bewohner gefährdete. Die Hornissen wurden eingefangen und vernichtet.

SA.-Apachen in Breslau-Tschansch

Zu dem gestrigen Bericht unter vorstehender Ueberschrift ist berichtigend nachzutragen, daß es sich bei dem als SA.-Mann bezeichneten Bernhard Wiesner nicht um einen SA.-Mann, sondern um den Vater des mit Wasser begossenen Kindes handelt, der auch nicht Bernhard, sondern Adolf heißt. Der SA.-Mann heißt Bernhard Winkler und wohnt Althofnasser Straße 8.

Vom Gang ins Säuglingsheim nicht mehr zurückgekehrt.

Vor einigen Tagen wollte die 18jährige Ehefrau Emma Rudolf aus der Langegasse 51 nach dem Säuglingsheim gehen, um dort etwas zu erledigen. Die junge Frau ist von diesem Gange nicht mehr nach Hause zurückgekehrt, und, wie sich später herausstellte, auch gar nicht im Säuglingsheim angekommen.

Du bist Gewerkschafter
Bist du auch Genossenschafter?

Gegen die Kreisreform

Landgemeindeverband protestiert

Der Landgemeindeverband Niederschlesien hielt am Sonnabend in Breslau unter dem Vorsitz von Landrat a. D. Freiherrn von Richthofen-Klein-Rosen, eine Sitzung des Gesamtvorstandes ab. Nach einem Bericht von Amts- und Gemeindevorsteher Hertwig-Weißstein über die praktischen Auswirkungen der letzten Notverordnung auf die Gemeindefinanzen und nach einem Bericht des Vorsitzenden über das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Verbandes der Preußischen Landgemeinden und seine Finanzierung nahm die Versammlung einmütig folgende Entschließung an:

„Weder die Notverordnung vom 14. Juni 1932 noch die bisher in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung bringen den Landgemeinden die erwartete ausreichende Entlastung auf dem Gebiete der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Zahlreiche Landgemeinden stehen unmittelbar vor dem finanziellen Zusammenbruch. Neben der von den Landgemeinden seit langer Zeit geforderten Vereinheitlichung der gesamten Erwerbslosenfürsorge und einer gerechten Verteilung der Lasten auf deren Träger ist ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm, das nach einheitlichem Plane aufgestellt und entsprechend den vom Deutschen Landgemeindetag der Reichsregierung vorgelegten Richtlinien durch zinslose Kreditgewährung finanziert einen großen Teil der Arbeitslosen dem normalen Wirtschaftsleben wiedereingliedert, unbedingtes Erfordernis. Der Landgemeindeverband Niederschlesien bittet die Reichsregierung, ein solches Programm durchzuführen und macht darauf aufmerksam, daß bei der fortgeschrittenen Jahreszeit äußerste Beschleunigung notwendig ist, wenn schwerer Schaden vermieden werden soll."

Hinsichtlich der Neugliederung von Landkreisen wurde beschlossen, folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten zu senden: Durch die neue Kreiseinteilung, die den Notwendigkeiten des Verkehrs und der Wirtschaft vielfach durchaus widerspricht, werden **zahlreiche Landgemeinden der Provinz Niederschlesien schwer geschädigt.** An den Herrn Reichspräsidenten richten wir die dringende Bitte, auf die Preußische Staatsregierung dahin einzuwirken, daß diese Anordnung wieder aufgehoben, mindestens aber in eine örtliche Prüfung unter Zuziehung der Beteiligten darüber eingetreten wird, ob und in welchem Umfange Aenderungen der Kreisgrenzen in Niederschlesien erforderlich sind. Auf keinen Fall dürften solche Aenderungen vor Beginn eines Rechnungsjahres erfolgen."

Auch an den Herrn stellvertretenden Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, wurde ein Telegramm in gleichem Sinne abgeschickt.

Ueberfall

auf ein Reichsbanner-Tanzvergnügen

Als die Schutzformation des Reichsbanners in Neudorf a. Gr. ein Tanzvergnügen abhielt, wurden plötzlich durch die Fenster der Bühne sieben große Steine geworfen, wodurch eine Scheibe in Trümmer ging und eine Person am Bein verletzt wurde. Die Steine flogen an den Köpfen der Musiker vorbei. Als die Täter verfolgt wurden, krachten einige Schüsse, die aber glücklicherweise niemanden trafen.

Banditenauto IK. 6120

Aus Hirschberg wird uns berichtet: Am Mittwoch fuhr hier ein Lastauto mit uniformierten SA.-Leuten durch, das von zwei Personenwagen begleitet war, die ebenfalls von SA.-Soldaten besetzt waren. An der Ecke Schützenstraße und Promenade sprang ein Insasse des einen Personenautos ab und riß dem vorüberfahrenden Jungbannerkameraden Walter Wagner den Dreiviertelwimpel vom Fahrrade. Wie von der Polizei gemeldet wird, hat diese Terrorgruppe noch mehrere Personen in Hirschberg belästigt und Abzeichen abgerissen.

Der Lastwagen, der die Nummer IK 6120 hatte, fuhr dann in Begleitung der Personenwagen nach Petersdorf weiter. Dort wurde auf offener Straße der Jugendgenosse Gustav Kluge von den Insassen des einen begleitenden Personenwagens mit Stahlruten blutig geschlagen. Die SA.-Leute riefen dem Genossen Kluge, als er sich zur Wehr setzte, die Kleider vom Leibe und drängten ihn auf den Lastwagen zu, von wo aus die Insassen dieses Autos ebenfalls auf Kluge einschlugen. Der Ueberfallene hatte keinen Anlaß zu irgendwelchen Streitigkeiten gegeben, sondern war nur an seiner blauen Bluse und seinem Abzeichen als politischer Gegner der Nazis kenntlich. Auch die vor dem kommunistischen Verkehrslokal in Petersdorf „Vier Jahreszeiten" stehenden Personen wurden bedroht.

Die Autos wurden dann später auf der Landstraße Hermsdorf—Giersdorf von Polizeibeamten angehalten und nach Waffen durchsucht. Die Durchsuchung sowohl der Wagen wie auch der Insassen war selbstverständlich ergebnislos.

Im Auto

auf die Schneekoppe

In Erfüllung einer Wette fuhr am Sonnabend nachmittag zum erstenmal ein tschechoslowakischer Zweisitzer aus Prag, von den Grenzbauden über die Emmaquelle auf den Schneekoppengipfel.

Lebensretter

Bei Aufhalt Kreis Liegnitz ging in der Oder eine 30jährige Frau aus Liegnitz unter und drohte zu ertrinken. Sie wurde im letzten Augenblick von dem Herrn Max Lakomy aus Liegnitz gerettet.

Beim Baden im Bober bei Sprottau ging der 5jährige Sohn des Haushälters Hoffmann samt seiner ihm nachspringenden Mutter und Schwester unter. Alle drei wurden von dem Dachdecker Matychowiak aus Sprottau gerettet.

Oppeln. Unfall, kein „marxistisches Attentat." Wolffs Schlesischer Landesdienst berichtet: Die Ermittlungen über den Anschlag auf den der National„sozialistischen" Deutschen Arbeiterpartei angehörenden Förster Bergmann, der nachts in Friedrichsgrätz durch einen über die Straße gelegten Telegraphenmast mit seinem Motorrad verunglückte, sind noch nicht abgeschlossen. Doch neigt man nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchungen mehr zu der Auffassung, daß es sich nicht um einen politischen Anschlag handelt.

Sacrau. Politik in der Schule. In der evangelischen Schule wird hier gerne und fleißig Politik, natürlich im Sinne des dritten Reiches getrieben. So erzählt Rektor Werner den Kindern mit Vorliebe, daß wir in drei Wochen eine neue und „gesunde Regierung" haben werden, daß es nun mit der Irreführung des Volkes vorbei sei. Man könnte, trotzdem das nicht zum Unterricht gehört, von dieser Gesinnung lediglich Kenntnis nehmen und lediglich die Frage aufwerfen, ob der Stundenplan nicht andere Fächer vorsieht. Wenn Herr Werner es in dem Arbeiterort Sacrau nicht auch noch darauf anlegen würde, die organisierte Arbeiterschaft zu beleidigen und von rotem Gesindel zu sprechen und zu erzählen, er habe vor der Wahl in einem Dorf einen Ochsen gesehen, der ein Plakat mit dem Text: „Ich wähle Liste 1" trug. Wie wir erfahren, ist von der mit Recht empörten Elternschaft Beschwerde bei der Regierung eingereicht worden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 16—19 Uhr

Ortsgruppenführer der Partei

Die bis zum 15. August 1932 fälligen Berichtsbogen mit dem Endergebnis der Werbewoche sind bis jetzt nur sehr dürftig eingegangen. Da wir eine endgültige Zusammenstellung bis zum Ende dieser Woche haben müssen, ersuchen wir um Einsendung der Berichtsbogen bestimmt bis zum 20. August 1932.

Der Bezirksvorstand.

Oltaschin. Die Falken kommen bis auf weiteres nicht zusammen. Nächste Zusammenkunft wird in der Presse bekannt gegeben.

Kleitendorf. Mittwoch, den 17. August, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Ehrenberg. Redner: Genosse Schiffer.

Kattern. Frauenabend Mittwoch, den 17. August, in der Wohnung des Genossen Pfingst. Redner: Genossin Auguste Kunert.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Hilfe für die Bauwirtschaft?

Mit einer gewissen Genugtuung berichtete kürzlich die Presse über bedeutende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung für das darniederliegende Baugewerbe. Genannt wurden 468 Millionen Mark, die den Baumarkt rasch beleben sollten. Bei genauerer Prüfung der geplanten Finanzierungsmaßnahmen wird die erweckte Hoffnung jedoch merklich gedämpft, wenn auch der gute Wille zur Hilfe gebührend gewürdigt werden soll. Nach Abzug der bereits früher verausgabten Summen bleiben für den angestrebten Zweck 270 Millionen Mark übrig. Das Programm sieht im einzelnen vor: für den Straßenbau 60 Millionen, Reichswasserstraßenbau 50 Millionen, landwirtschaftliche Meliorationen 25 Millionen, dazu als Grundförderung für diese Arbeiten aus Mitteln der Reichsanstalt 15 Millionen, als Grundförderung für Maßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge 30 Millionen, aus Mitteln der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten 30 Millionen, für den freiwilligen Arbeitsdienst insgesamt 55 Millionen und als Zuschüsse für Instandsetzungsarbeiten und Wohnungsteilungen 5 Millionen Mark. Das Reich leistet außerdem noch Bürgschaft bei der Wechselfinanzierung von Instandsetzungsarbeiten bis zu 100 Millionen Mark. Die Summen für die landwirtschaftlichen Meliorationen und den freiwilligen Arbeitsdienst dürfen wir als unmittelbare Belebung des Baumarktes getrost ausschalten. Danach bleiben für das Baugewerbe 190 Millionen Mark übrig. Wenn auch heute jeder kleine, der Bauwirtschaft zufließende Betrag zu begrüßen ist, darf jedoch nicht übersehen werden, wie wenig 190 Millionen Mark bedeuten, gemessen an den jährlichen Bauinvestierungen von acht bis neun Milliarden Mark in normalen Baujahren (1931 vier Milliarden Mark und 1932 voraussichtlich nur zwei Milliarden Mark). Um diese geringen Aufträge wird dazu ein scharfer Konkurrenzkampf entbrennen, bei dem weder der Bauauftraggeber noch die übrigen Beteiligten auf ihre Kosten kommen werden.

Angesichts der ungeheuren Notlage der Bauwirtschaft ist die Auswirkung dieser Arbeitsbeschaffung nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ende Juni waren noch über drei Viertel der deutschen Bauarbeiter arbeitslos; ein Zeichen für die trostlose Lage des Baumarktes. Die geringe saisonmäßige Belebung des Baumarktes seit Mai ist bereits zum Stillstand gekommen. Ein Rückgang der Bautätigkeit ist zu erwarten, noch bevor der Zeitpunkt des eigentlichen Saisonhöhepunktes herangekommen ist. Die erwähnten Maßnahmen der Reichsregierung werden daran kaum etwas ändern. Wenn dem Baugewerbe ernsthafte Hilfe gebracht werden soll, müssen umfangreichere und durchgreifendere Voraussetzungen geschaffen werden, als das bisher geschehen ist. Die lange Untätigkeit gegenüber dem Verfall der Bauwirtschaft, von deren Schlüsselstellung die Wirtschaft stark abhängig ist, hat schwerste Schäden für die gesamte Wirtschaft heraufbeschworen.

Lange sträubten sich die zuständigen Stellen, zur Steuerung der katastrophalen Entwicklung überhaupt etwas zu tun. Viel hat dazu die irrige Behauptung beigetragen, es seien zu viel Wohnungen gebaut worden, obwohl ein dringender Bedarf an Kleinwohnungen besteht. Der Wohnungsbau sollte der privaten Initiative allein überlassen bleiben. Diese Erwartungen waren jedoch unangebracht. Wie die Wirklichkeit lehrt, war der unvermittelte Abbau der zusätzlichen Wohnungsbaufinanzierung durch Hauszinssteuer mitten in der Depression ein kaum gutzumachender Fehler. Schon seit der Jahrhundertwende war die Beschaffung der nachstelligen Hypothek ein ungelöstes Problem; es mußte vollendes unlösbar werden bei dem völlig unfähigen freien Kapitalmarkt während der Krise. Bei Anerkennung dieser Sachlage gibt es vorläufig keinen anderen Weg zur vernünftigen Wohnungsbaufinanzierung als den mit Hilfe staatlich organisierter nachstelliger Zuschußhypotheken.

Der Bau von billigen Kleinwohnungen und die Sanierung des Altwohnungsbestandes sind dringende Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der deutschen Baupolitik. Zu diesem Zwecke allein wären in Milliarden zu beziffernde Beträge erforderlich. Aehnlich liegen die Verhältnisse beim Straßenbau, für den vom Jahre 1915 bis 1925 und seit Krisenbeginn sehr wenig geschehen ist. Um das Versäumte nachzuholen und den tatsächlichen Bedürfnissen bei dem gesteigerten Kraftverkehr gerecht zu werden, sind ebenfalls Milliardensummen notwendig. Im öffentlichen Hochbau bleiben durchschnittlich die in der Nachkriegszeit investierten Beiträge ebenfalls hinter denjenigen der Vorkriegszeit zurück. Seit dem Bauverbot für öffentliche Körperschaften im Oktober 1931 und teilweise schon früher durch die kommunale Umschuldung ist die öffentliche Bautätigkeit fast völlig eingestellt worden. Davon sind nicht nur die Neubauten, sondern auch die Instandsetzungsarbeiten betroffen. Die gewerbliche Bautätigkeit wird auf lange Sicht keine besondere Bedeutung für den Baumarkt erhalten, da auf diesem Gebiete Ueberinvestierungen in großem Ausmaße vorgenommen worden sind. Um so mehr wird die Baupolitik auf die erstgenannten Gebiete konzentriert werden müssen.

Der Kernpunkt der Fragen, um die es geht, ist die Finanzierung, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen äußerst schwer zu lösen ist. Aber so, wie die Verhältnisse sich entwickelt haben, darf es unter keinen Umständen weitergehen. Ebensowenig kann auf das große Wunder gewartet werden, das alles Heil für unsere Wirtschaft bringen soll. Mit der Belebung der Bauwirtschaft muß die Wirtschaftsgesundung eingeleitet werden; ohne ihre Sanierung gibt es keine Rückkehr zu normalen Wirtschaftsverhältnissen. Diese Erkenntnis setzt sich allmählich auch in den obersten verantwortlichen Stellen durch, wofür die eingangs angeführten Maßnahmen zeugen.

Der beschrittene Weg muß weiter gegangen werden. Es muß möglich sein, die im privaten Besitz befindlichen Kapitalien zur Anlagebereitschaft anzureizen, wenn durch ausgleichende Zuschußfinanzierung die Rentabilität der Anlage in Bauwerken gesichert ist. Die Umwandlung eines möglichst großen Teiles der ungeheuren Summen, die heute an Unterstützungen gezahlt werden, zu Löhnen für produktive Arbeiten ist die erfolgversprechendste Aufgabe zur Lösung der Arbeitsbeschaffungsfrage. Sie ist die ergiebigste Quelle der Zuschußfinanzierung, ohne die die Bauwirtschaft nicht in Gang kommen kann. Eine Gefahr der unwirtschaftlichen Kapitalanlage ist gegenwärtig kaum vorhanden. Die niedrigen Baukosten gewährleisten von vornherein größte Wirtschaftlichkeit der erstellten Bauwerke, gegen deren Wettbewerb die in den guten Konjunkturjahren errichteten nicht aufkommen können. Günstige Voraussetzungen fehlen nicht für rentable Kapitalanlage im Baugewerbe, es fehlt nur noch der entschiedene Wille zur befreienden Tat.

Leichte Besserung in der Maschinenindustrie

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten meldet für Juli eine leichte Besserung der Lage der Maschinenindustrie. Obwohl die Inlandsaufträge auf der ganzen Linie ungenügend blieben, ergab sich in einigen Zweigen eine leichte Belebung der Auftragserteilung. Der Eingang von Auslandsaufträgen erhöhte sich infolge neuer Rußland-Abschlüsse. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit hat sich während des Monats Juli um etwa eine halbe Stunde erhöht.

Oberbürgermeister als Papengehilfe

Der Präsident der Reichsanstalt ist durch die Papen-Notverordnung, die den Arbeitslosenschutz abbaute, ermächtigt worden, Gemeinden und Gemeindeverbänden in all den Fällen die Durchführung der Krisenfürsorge zu übertragen, wo dadurch eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung herbeigeführt wird. Wie verlautet, will jetzt der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, die Uebertragung der Krisenfürsorge an die Gemeinde praktisch zuerst in Leipzig erproben.

Herr Goerdeler will Experimente machen, um seinem Arbeitslosenreformprogramm, das auf eine Zusammenlegung der drei Unterstützungszweige hinausläuft, neuen Auftrieb zu geben. Er solle lieber nicht die Gemeinden auf einem gefährlichen Weg weiterhetzen. Das Prüfungsfiasko der Gemeinden ist doch eigentlich kein Anreiz dazu. In Berlin sollen, wie verlautet, 500 neue Prüfer eingestellt werden. Eine Vergrößerung, auf deutsch Verteuerung des Verwaltungsapparates, das kann doch unmöglich der Zweck der Uebung sein. Der Deutsche Städtetag sollte rechtzeitig dafür sorgen, daß nicht neue Dummheiten gemacht werden. Er hat ohnehin manches wiedergutzumachen.

Der **Kongreß der Transportarbeiterföderation**, der Ende der vorigen Woche seine Beratungen in Prag abschloß, brachte dieser weltumspannenden Berufsinternationale neue organisorische Festigung. Das zeigte die einstimmige Annahme des Geschäftsberichts und der stürmische Beifall bei der Wiederwahl der Sekretäre der ITF. Fimmen und Nathans. Sitz der ITF. bleibt Amsterdam. Auf Antrag des spanischen Delegierten Gomez wurde Madrid als Tagungsort für den nächsten Kongreß bestimmt. Der Kongreß findet künftig nicht mehr alle zwei, sondern nur alle drei Jahre statt.

Nazis und Nazibarone als Retter der deutschen Wirtschaft

In einer Vorbilanz des deutschen Bäderverkehrs klagt der Bäderverband über diesen Sommer Stein und Bein. Es wird gesagt, daß die Zeit bis Anfang August tief überschattet von politischen und wirtschaftlichen Beunruhigungsmomenten erster Ordnung, die selbstverständlich nicht ohne nachteilige Folgen für den diesjährigen deutschen Bäder- und Kurortebesuch bleiben konnten. Beide Faktoren haben in erster Linie viele Ausländer, auf deren Reiseprogramm ein Deutschlandbesuch stand, von ihrem Vorhaben abgehalten und abgeschreckt. Obwohl die deutschen Bäder und Kurorte durchweg von Unruhen verschont blieben, befürchtete man doch vielfach ihr Uebergreifen auch auf die Stätten der Erholung und des Kurgebrauchs. So ist die an sich schon durch die wirtschaftlichen Verhältnisse stark verringerte Auslandsneigung zum Besuch Deutschlands noch weiter herabgemindert worden. Aber auch in Deutschland selbst haben die politischen Vorgänge im Juni und Juli zahlreiche Reisedispositionen glatt über den Haufen geworfen. Die große Beunruhigung der Geschäftswelt und namentlich auch der Beamten- und Angestelltenkreise hat zu vielen Verkürzungen und Verschiebungen des Urlaubsaufenthalts oder gar zu völligen Verzichten für dieses Jahr Anlaß gegeben. Durch die allgemeine Beunruhigung konnten auch schon die rein psychologischen Voraussetzungen zu freudiger Hingabe an Ferien- und Urlaubsgenuß nicht voll zur Entfaltung kommen. Dementsprechend weisen auch viele Bäder und Kurorte in der Zeit bis etwa Ende Juli im Vergleich zum Vorjahr zum Teil erhebliche Besuchsrückgänge auf.

* * *

Diese Klagen des Bäderverbandes sind keineswegs übertrieben. Uns erzählt ein Freund unseres Blattes aus dem Westen, daß in Wiesbaden am Tage nach der Aufhebung des Uniformverbots alle Fremden abreisten. Wiesbaden war frei von Amerikanern, Engländern, Franzosen und überhaupt von allen Ausländern. Die Hotels waren leer, und leer die Geschäfte. Denn wer vom Auslande will sich wohl der Gefahr aussetzen, für sein gutes Geld in Deutschland den Schädel eingeschlagen zu bekommen? Schon der Anblick der Hitlerschen Honighosen ist so widerwärtig, daß man sich ihm lieber entzieht. Deshalb ist in allen deutschen Bädern der Fremdenverkehr auf ein Minimum gesunken.

Und wo geht der Deutsche hin? Wenn er nicht selbst Nazi ist, geht er zur Erholung ins Ausland. Man preist wie anständig und ruhig es in der Tschechoslowakei, in der Schweiz und sonstwo zugeht, im Vergleich zum naziverseuchten Deutschland, wo sich das Hakenkreuz bekanntlich an den Badeorten so breit wie möglich macht. Man glaube aber nur ja nicht, daß der Naziotismus nur dem Fremdenverkehr und den davon lebenden Gewerben abträglich ist. Die ganze deutsche Wirtschaft und aller Kredit unseres Landes leidet enorm unter dieser Pest.

Tarifabschluß für die Gemeindebetriebe

Ohne Zuhilfenahme der staatlichen Schlichtungsorgane sind jetzt die Reichsmanteltarife für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner zwischen den Tarifparteien neu abgeschlossen worden. Ueber ein Jahr dauerten die Verhandlungen. Unter die neu abgeschlossenen Reichsmanteltarifverträge fallen insgesamt 315 000 Gemeindearbeiter und kommunale Straßenbahner.

Mit der Kündigung der Manteltarife wurde eine weitgehende Herabsetzung der Leistungen dieser Verträge bezweckt, ebenso die Herausnahme bestimmter Gruppen, wie der Arbeiter des Gesundheitswesens und der Parkbetriebe aus den Verträgen. Aus allen Bezirksarbeitgeberverbänden lagen Verschlechterungsanträge vor.

Um die Zuschläge bei Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit und die Zahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage wurde besonders scharf gerungen. Hart umstritten war auch die Frage der Gewährung von Urlaub in der seither gewährten Höhe. Nach viertägigen Verhandlungen wurde erreicht, daß die Zuschläge für Ueberarbeit, für dienstplanmäßige Nachtarbeit wie bisher erhalten blieben, dagegen der Zuschlag für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit und für Arbeit an Wochenfeiertagen etwas herabgesetzt wird. In der Urlaubsdauer tritt für Gemeindearbeiter in Städten über 100 000 Einwohner eine Aenderung nicht ein, dagegen verringert sich der Urlaub in Städten unter 100 000 Einwohnern um ein bis drei Tage. Für die Krankheitsdauer werden 75 Prozent des Bruttolohnes zur Auszahlung gebracht, von denen die reichsgesetzlichen Leistungen in Abzug kommen. Die neuen Tarife treten am 1. Oktober in Kraft und können erstmalig am 31. Dezember 1933 gekündigt werden.

Den maßlosen Abbauwünschen der Unternehmer ist also nicht ohne Erfolg entgegengewirkt worden. Die Interessen der Gemeindearbeiter wurden gewahrt, soweit dies in der Krisenzeit überhaupt möglich ist. Diesen in Anbetracht der Umstände unbestreitbaren Erfolg verdanken die deutschen Gemeindearbeiter ihrer ausgezeichneten Organisation. Aus eigener Kraft sind Verträge geschaffen, die das soziale Tarifrecht der bei den Gemeinden Beschäftigten neu verankern. Der Abschluß erfolgte zu einer Zeit, in der eine Rechtsregierung schärfster Tonart herrscht. In einer solchen Zeit Tarife, wie die vorliegenden, zum Abschluß zu bringen, ist eine Leistung.

Die Reichstarifkommissionen des Gesamtverbandes, denen Orlopp über den Ausgang der Verhandlungen Bericht erstattete, haben nach lebhafter Diskussion dem Neuabschluß in einstimmig angenommener Entschließung zugestimmt, weil die Vertragswerke als Ganzes gesehen die sozialen Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner in dieser Krisenzeit sichern. Die Kommissionen fordern vom Verbandsvorstand, den Kampf für Erhaltung und Ausbau der errungenen Arbeitsbedingungen mit gesteigerter Kraft weiterzuführen. Die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise eingetretenen Verschlechterungen müßten zur gegebenen Zeit wieder beseitigt werden. Die Mitglieder im Lande aber hätten die Aufgabe, nun erst recht und mit erhöhtem Eifer für die Stärkung des Gesamtverbandes zu wirken. Die Kräfte der Organisation müßten für die entscheidenden Stunden zur höchsten Leistungsfähigkeit gesteigert werden.

Die Masken fallen

Kaum hatte der Herrenklub Brüning gestürzt und das „Präsidialkabinett" unter Ausschaltung des Reichstages errichtet, da kam auch schon die Kampfansage gegen den „Wohlfahrtsstaat". Die Regierung der Hitler-Barone konnte aber zunächst noch nicht, wie sie wollte. Sie mußte auf die Wahlen Hitlers Rücksicht nehmen, und die Auftraggeber der Barone und der Braunen Häuser mußten sich zunächst mit der Notverordnung gegen die Arbeitslosen und die Sozialrentner zufrieden geben. Nun sind aber die Wahlen vorüber und das politische Vorfeld ist einigermaßen gesäubert. Zwar noch nicht ganz — die Regierungsumbildung macht, wie man sieht, sehr große Schwierigkeiten —, aber die Herren des Herrenklubs und der SA.-Proleten werden ungeduldig. Sie wollen nicht länger warten und enthüllen daher mit erfreulicher Offenheit, was der neue Kurs für die Arbeiter bedeutet.

Das von der Schwerindustrie ausgehaltene Sprachrohr des Herrenklubs und Propagandaorgan Hitlers, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", stellt jetzt die Frage: „Vom Sozialismus zum Sozialismus?" Mit einem Zynismus ohne gleichen werden von dem schwerindustriellen Organ die von der Arbeiterklasse seit 1918 mit Hilfe der Demokratie errungenen sozialen Selbstverständlichkeiten als „Sozialismus" gezeichnet. Die Schicksalsfrage des deutschen Volkes, so sagt das schwerindustrielle Organ, laute, ob wir uns zu einem „freiwirtschaftlichen Lande zurückentwickeln", oder „ob der Sozialismus mit politisch anderem Vorzeichen einen neuen Siegeszug antreten berufen ist". Mit brutaler Offenheit wird jetzt von dem Propagandaorgan Hitlers den gläubigen Hitler-Wählern gesagt: Internationaler oder deutscher Sozialismus — ganz egal, das ist für die Herren der Industrie Jacke wie Hose. Sozialismus ist für sie eine Irrlehre, und zwar jede Spielart von Sozialismus. Die Herren des Herrenklubs schieben den „gefährlichen Prinzipienmischmasch", den sich Hitler für die Propaganda zurecht gemacht hatte, jetzt mit einer Handbewegung beiseite. Sie wollen völlige Ellenbogenfreiheit, nicht einmal eine Scheinbindung, die unter Umständen vom Nationalsozialismus her drohen könnte. Die alte freche Lüge, daß der Sozialismus schuld an allem Elend sei, daß die Gewerkschaftspolitik verantwortlich sei für alle Bankrotte, Betriebsstillegungen und Arbeitslosenziffern, wird von neuem in neuer Form vorgetragen. Eine neue Dolchstoßlegende wird erfunden, die Legende vom Dolchstoß der Gewerkschaften gegen die Wirtschaft.

„Freie Bahn dem Unternehmer" — so schließt die Kampfansage der Schwerindustrie in der DAZ., denn — so wird mit erstaunlicher Unverfrorenheit verkündet, „es gibt nichts, was die wirtschaftlichen Lehren unserer Großväter und Urgroßväter zu erschüttern geeignet wäre".

So verstehen die Herren ihre Zeit, so verstehen sie das Ende des Wohlfahrtsstaates. Zurück zu den Lehren der Urgroßväter, zurück in das Jahr 1882! Fort mit der Sozialversicherung, fort mit dem Tarif- und Arbeiterrecht, fort mit der Arbeitslosenversicherung, fort mit den „hohen Löhnen und dem Ueberkonsum", fort mit den Steuern und allen „Unkostenfaktoren".

Die Herren wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Wir raten ihnen zur Vorsicht. Vielleicht war Hitler doch ein Prophet. Vielleicht wird doch alles anders — allerdings anders, als Hitler und seine Geldgeber sich träumen ließen.

Roheisenerzeugung sinkt weiter

Die deutsche Roheisenerzeugung ist im Monat Juli gegenüber dem Juni weiter gesunken. Die arbeitstägliche Leistung betrug 9500 Tonnen gegenüber 10 300 Tonnen im vorhergehenden Monat.

Düngerversorgung der Landwirtschaft

Der Reichspräsident hat eine Verordnung unterzeichnet, die für die Herbstbestellung eine Wiederholung der Düngemittelaktion vom Frühjahr vorsieht. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, gegenüber den Düngemittellieferanten eine Bürgschaft bis zum Betrage von 14,2 Millionen Mark zu übernehmen, was durch eine entsprechende Mitteilung gegenüber den Düngemittelsyndikaten bereits geschehen ist. Die Bedingungen für die Inanspruchnahme der Bürgschaft sind dieselben wie im Frühjahr.

Der **Kleinhandelsindex** ist in der Woche vom 10. August weiter um 0,2 auf 95,8 Prozent zurückgegangen.

Tumultszenen im Felseneck-Prozeß

Unerwartet wurde gestern im Felseneck-Prozeß der Verteidiger der Kommunisten, Rechtsanwalt Dr. Litten, durch einen Beschluß des Schwurgerichts von seiner weiteren Mitwirkung in diesem Prozeß ausgeschlossen. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es, daß Rechtsanwalt Litten eine hemmungslose parteipolitische Propaganda im Prozeß entfaltet habe, und daß er den Gang des Prozesses mit Fragen aufgehalten habe, die der Aufklärung des Sachverhaltes nicht dienlich wären. Der Verteidiger habe allen Untersuchungsbehörden schwerste Vorwürfe gemacht und allen Beamten, vom Reichspräsidenten bis zum Justizwachtmeister Pflichtverletzung vorgeworfen. Rechtsanwalt Litten wollte eine Gegenerklärung abgeben. Der Vorsitzende brach aber die Sitzung ab und verließ den Saal. Darauf entstand ein furchtbarer Tumult unter den Angeklagten und den Zuhörern. Rechtsanwalt Litten erklärte, daß er auf seinem Platz in der Verteidigerbank bis zur Gewaltanwendung ausharren werde. Inzwischen hatten die kommunistischen Angeklagten begonnen, die Internationale zu singen. Als die Polizeibeamten in die Anklagebank drangen, wurden sie mit den Zurufen „Bluthunde" empfangen. Schließlich brach noch ein Angeklagter in Krämpfen zusammen. Erst ganz allmählich leerte sich der Saal.

Feuer durch Blitzschlag bei Thyssen

Während eines über Mülheim (Ruhr) niedergegangenen Gewitters setzte plötzlich ein Blitz das Dach des Thyssen'schen Röhrenwerkes in Brand. Das Feuer fand in dem aus Holz mit Teerpappe gedeckten Dach reiche Nahrung und in kurzer Zeit schlugen die Flammen hoch empor. Der Werkfeuerwehr und der städtischen Feuerwehr gelang es, nach angestrengter Tätigkeit den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Das Dach in einer Länge von etwa 70 Meter ist dem Brande zum Opfer gefallen. Der Schaden ist nach Auskunft der Werke nicht beträchtlich.

Start Piccards nicht vor Mittwoch

Professor Piccard kann aus meteorologischen Gründen nicht vor Mittwoch zu seinem diesjährigen Stratosphärenflug starten.

Der Tod in den Bergen

An der Kampenwand stürzten im Laufe des Sonntags nicht weniger als drei Personen ab. Der erste Absturz ereignete sich vormittags 9 Uhr an der Südwand. Die Leiche dieses Touristen konnte noch nicht gefunden werden. Es handelt sich vermutlich um einen Bergsteiger aus Rosenheim. Kurz darauf verlor der 18jährige Hilfsarbeiter Andreas Renner das Gleichgewicht am Staffelstein und verunglückte ebenfalls tödlich. Auch seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Das dritte Opfer forderte die Nordwand des Ostgipfels. Dort stürzte der 17 Jahre alte Hilfsarbeiter Siegfried Lemp aus München ab und blieb schwerverletzt liegen. Eine Rettungsexpedition brachte den Verletzten ins Aschauer Krankenhaus, wo er noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Beim Edelweißpflücken ist am Sonntag in der Nähe von Meiringen der 22jährige Hermann Tännler aus Meiringen tödlich abgestürzt. Seine Leiche konnte geborgen werden. An der Dreitorspitze im Wettersteingebirge stürzte der Augsburger Kolluch tödlich ab. Im Karwendelgebirge verunglückte der Münchener Rappold gleichfalls tödlich.

Geschwindigkeits-Weltrekord

Der französische Pilot Haegelen erreichte bei einem 2000 Kilometer-Flug eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 263 Stundenkilometern.

Schluß der Olympiade

Zum Abschluß der Olympiade in Los Angeles wurden die drei deutschen Boxer Ziglarski, Schleinkofer und Campe knapp nach Punkten geschlagen, konnten jedoch in der Gesamtwertung als die Zweitbesten plaziert und mit Silbernen Medaillen ausgezeichnet werden. Zwei weitere Silberne Medaillen fielen an Deutschland durch den zweiten Platz der Ruder-Doppelzweier Buhtz-Boetzelen und Ruder-Vierer Amicitia-Mannheim. Bei einem technisch vorzüglichen Schwimmfinale schwamm der 14jährige Japaner Kitamura 1500 Meter in 19:12,4 Minuten. Helen Madison (USA.) gewann das 400 Meter Kraulschwimmen in Weltrekordzeit (5:28,5) vor der Amerikanerin Knight, die nur eine Zehntelsekunde mehr brauchte. Sieger der Turmspringer wurde der Amerikaner Smith. Das Gesamtklassement gestaltet sich folgendemaßen:

	1. Preis	2. Preis	3. Preis	Punkte
Amerika	40	33	29	215
Italien	11	11	14	69
Finnland	5	8	14	45
Frankreich	9	7	2	43
Schweden	9	3	10	43
Japan	7	7	4	39
Deutschland	3	13	4	30
Ungern	6	4	4	30
England	4	6	6	30
Kanada	1	5	8	21

Die deutschen Preisträger sind:

Goldene Medaillen

Ismayr (Gewichtheben, Mittelgewicht). Brendel (Ringen, Bantamgewicht). Berliner Ruder-Club: Eisenberg, Meyer, Hoeck, Eller, Neumann (Vierer mit Steuermann).

Silberne Medaillen

Ellen Braumüller (Speerwerfen). Karnig, Hendrix, Borchmeyer, Jonath (4×100 Meter). Ehrl (Ringen, Federgewicht). Spering (Ringen, Leichtgewicht). Feldeal (Ringen, Mittelgewicht). Wölpert (Gewichtheben, Federgewicht). Hax (Pistolenschießen). Gebr. Rademacher, Cordes, Gauch, Beardo, Schwarz, Schulze, Eckstein, Pohl, Schumburg (Wasserball). „Amicitia"-Mannheim: Maier, Flinsch, Gaber, Dr. Aletter (Vierer ohne Steuermann). Buhtz-Bötzelen (Doppelzweier). Ziglarski (Boxen, Bantamgewicht). Schleinkofer (Boxen, Federgewicht). Campe (Boxen, Weltergewicht).

Bronzene Medaillen

Jonath (100 Meter). Eberle (Zehnkampf). Tilly Fleischer (Speerwerfen). Streßberger (Gewichtheben, Schwergewicht).

Da der offizielle Schätzpreis (185 000 Zuschauer) das Riesenstadion in Los Angeles bis auf den letzten Platz. Siegerehrungen, Ansprachen, Nationalhymnen, Fanfarenchöre — dann wurde das Olympische Feuer ausgelöscht. Die XI. Olympiade im Jahre 1936 findet in Berlin statt.

Schwere Unwetterschäden in Garmisch

Garmisch-Partenkirchen ist von einem schweren Unwetter heimgesucht worden, das erheblichen Sachschaden angerichtet hat. Wie unser Bild zeigt, wurde der Reichsbahnhof völlig überschwemmt, und ein breiter Fluß setzte ganze Straßenzüge unter Wasser.

Die künstlichen Neger

Neu-Afrika liegt bei Berlin — Karl May in der Uckermark — Ferien mit Romantik

Aus dem Wäldchen bricht eine Horde von halbnackten tobenden Wilden mit geschwungenen Speeren, Schilden und Messern, stürzt unter „Uahuahua"-Geschrei auf den harmlosen Wanderer und schleift ihn im Triumph ins Negerdorf. Dort wird er an den Marterpfahl gebunden, die Wilden führen einen wüsten Freudentanz um ihn auf und bedrohen ihn mit Beilen und Dolchen. Dann tritt der Medizinmann hinzu, befühlt das Fleisch des Opfers, und der Häuptling gibt den Befehl, das Mittagessen zu kochen. Der Aermste wird in einen riesigen Kupferkessel gesteckt, Reisig wird zusammengetragen, um ein recht schönes Feuer anzünden zu können — und kurz ehe das Opfer vor Angst stirbt, tritt der Häuptling vor den Kessel, begnadigt feierlich den Ueberfallenen, hilft ihm heraus und sagt wohlwollend: „So, jetzt werden wir dir Neu-Afrika zeigen!" Und auf den Tellern erscheint statt Wochenendler-Hase Eisbein mit Sauerkohl....

* * *

Hundstagslegenden? Hitzschlagphantasien? Keineswegs. Dieses schaurige Abenteuer kann jedem Spaziergänger passieren, der sich in der Gegend von Ahrensdorf in der Uckermark verirrt. Ein Schild über einem Gartentor nennt den Namen der merkwürdigen Siedlung, die im Umkreis von hundert Kilometern von Berlin zu finden ist: „Neu-Afrika". Wie ist sie entstanden? Ein märkischer Bauer, Robert Preußner, lernt während seiner Militärdienstzeit bei der Schutztruppe in Südwestafrika Land und Leute unterhalb des Aequators kennen. Ein paar Koffer voll von künstgewerblichen Gegenständen, Waffen und Jagdtrophäen bringt er aus Afrika mit nach Hause.

Als kleiner Landwirt, der mit seinen täglichen Sorgen zu kämpfen hat, vergißt Robert Preußner seine exotischen Schätze. Die Inflation bringt ihn um seine Spargroschen, die Krise bedroht seine bäuerliche Existenz. Da erinnert er sich an seine Koffer und kommt auf die Idee: man muß eine Erholungskolonie für Großstädter aufmachen. Aber auf eine Art, die den Berliner hundert Kilometer nach Norden, nach Ahrensdorf lockt. Eines Frühjahrs werden die Felder nicht mehr bestellt, die Aecker und Gärten werden umgegraben und nivelliert. Robert Preußner beginnt zu bauen und zu zimmern, zu planen und zu basteln. 130 Morgen Land erhalten ein völlig neues Gesicht. Sieben Jahre lang dauert die restlose Durchführung des Planes. Jetzt ist „Neu-Afrika" fix und fertig. Es ist — ein Negerdorf.

* * *

Robert Preußner hat sich nicht verrechnet. Seine Kolonie hat Hochkonjunktur. Sechzig „Neger" bevölkern in diesem Sommer das Dorf — Neger in Gänsefüßchen. Es sind waschechte Berliner, fast alle aus Berlin N, O und NO. Sie haben Bürojacke und Monteurkittel, Stehkragen und Schnürstiefel ausgezogen und sich einer Verwandlung hingegeben, wie man sie von den nüchternen Bewohnern der Spreeufer niemals erwartet hätte. Sie sind Neger geworden.

Wie geht diese Verzauberung vor sich? Wer heute abend müde und abgekämpft aus dem Bummelzug nach Ahrensdorf steigt, bindet sich morgen früh eine Schilfrohrschürze vor den Magen, hängt sich Glasperlen um den Hals, versucht in der Sonne eine afrikamäßigere Hautfarbe zu erhalten und tobt mit unartikuliertem Gebrüll durch den Wald. Es sind nicht nur junge Menschen, sondern auch ältere Männer mit weißen Schnauzbärten und Frauen mit grauen Haaren.

Das Wunder geschieht täglich — und der Hexenmeister, der es vollbringt, ist Robert Preußner. Womit? Mit dreißig waschechten Negerhütten aus Schilfrohr, äußerlich nicht von exotischen Behausungen zu unterscheiden, innen jedoch mit den Errungenschaften der Zivilisation, Messingbetten und Petroleumfunzeln, ausgestattet. Das Haus des Häuptlings — dieses Amt wird dem jeweils dicksten Einwohner des Negerdorfes übertragen — steht in der Mitte, daneben der Kral des Medizinmannes, kenntlich an einem über dem Eingang angebrachten Paar Pferdekinnbacken. Echte afrikanische Matten und Verzierungen, kunstgewerbliche Gegenstände und Waffen sind überall zu sehen; die fehlenden Palmen sind aus grüngestrichenen Pappdeckelblättern und Sperrholz konstruiert worden. Und in diesem Milieu geht ein Urlaubskarneval vor sich, der nicht seinesgleichen hat. Einmal im Jahr wollen sich diese „weißen Neger" vom Zwang der Ernsthaftigkeit befreien. Selbst die hohe Obrigkeit kann ihren Willen nicht durchsetzen. Da liegt das „Goldene Buch von Neu-Afrika", die amtliche Eintragungsliste für die Ankömmlinge. Kaum ein Neu-Afrikaner bringt es fertig, seine Personalien in gehörigem Amtsdeutsch niederzuschreiben; zumindest die Spalte, die den „Zweck des Aufenthalts" anzeigen soll, wimmelt von Verstößen gegen die Meldepflicht: da heißt es „Erforschung von Afrika", „Langeweile" oder „Charaktererkältung" — so daß sich der geplagte Landjägermeister gezwungen sah, die Uebermütigen mit dem nicht gerade einwandfreien Satz zu warnen: „Sollten weitere Verstöße gegen die Eintragungen erfolgen, so wird gegen die Betreffenden eingeschritten werden."

Es hat nicht viel geholfen. Die Sehnsucht nach Romantik, nirgends so stark wie in der unromantischen Großstadt, hat in „Neu-Afrika" ihr Ventil gefunden. Hier ist sie Lebenszweck und Erholungsmittel, hier wird sie ein paar Wochen lang mit aller Kraft gezüchtet. Wer will es den „künstlichen Negern" von Ahrensdorf übelnehmen? Es ist ein Stück Zeitgeschichte, das sich hier auf so merkwürdige und groteske Art offenbart.

Das gibt es!

Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidiums Chikago verfügt: „Der freie Handel mit Kindermaschinengewehren ist nicht gestattet. Kindermaschinengewehre dürfen nur mit besonderer Erlaubnis verkauft werden."

Das Wrack der „Niobe" im Kieler Hafen

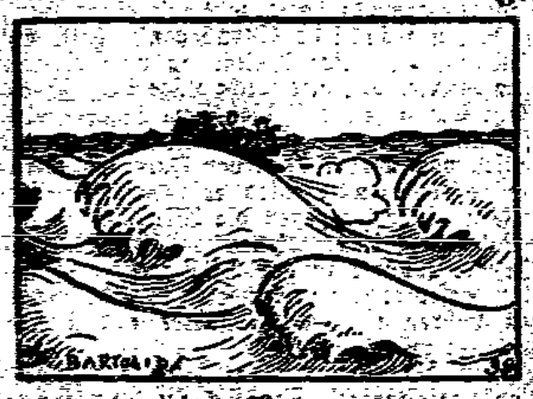
Wie die Marine-Station der Ostsee mitteilt, ist der Bergungsdampfer mit dem noch unter Wasser befindlichen Schiffsrumpf der „Niobe" gestern abend in dem Kieler Hafen eingelaufen. Für die Aufrichtung und Hebung des Schiffsrumpfes sowie für die Bergung der Toten werden noch etwa drei Tage benötigt werden. Der Bergungsplatz wird aus Sicherheitsgründen abgesperrt. Ein Zeitpunkt für die Beisetzungsfeierlichkeiten steht noch nicht fest.

Opfer der Schlange

Fünf Töchter einer mohammedanischen Familie in Lahore (Indien) sind gleichzeitig auf eine nicht gewöhnliche Weise ums Leben gekommen. Sie aßen aus einem Topf, in dem eine giftige Schlange verendet war und die darin die Reste ihres Giftes zurückgelassen hatte.

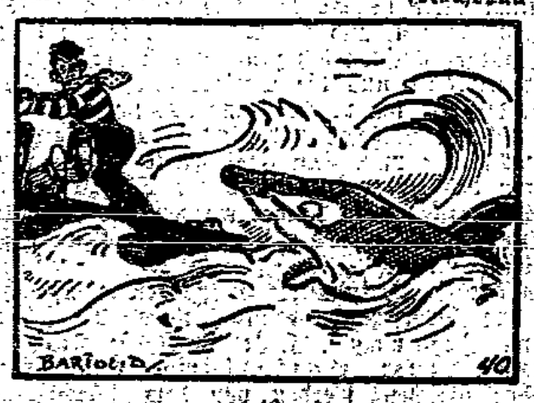
Die bösen Streiche von Peter Lustig und Josef Eisenbart

Text von T. M. — Zeichnungen von Bartolid — (Nachdruck verboten.)



39.

Die Schlucker hatten sich bald in ein lautes Schnarchen aufgelöst. Sie schliefen gänzlich erschöpft von den Widerwärtigkeiten des Tages, wie Dachse, und wurden nicht einmal gewahr, wie das Boot, zuerst langsam, aber dann immer schneller, mit den [illegible] und auf dem Strom landete. Bis sie auf [illegible] von Gebelle aufschreckten und zu ihrem großen Entsetzen bemerkten, daß sie sich auf dem Meer befanden. O jemine, das Boot wurde von den Wellen auf- und niedergeschaukelt, daß ihnen ganz übel dabei wurde!



40.

„Ich fürchte, wir werden bald den Haien einen Besuch abstatten!" sagte der Lange. „Oder die Haie kommen bei uns zu Besuch", stotterte Peter, indem er mit weit aufgesperrten Augen auf eine große krumme Flosse starrte, die über das Wasser herausragte. Und jawohl, kaum hatte er's gesagt, als noch hinter dem Boot der grimmige Kopf eines riesigen Haifisches auftauchte. „O Mutti!" rief Peter, indem er vor Schrecken hintenüberfiel.